

EU-JAHRESVORSCHAU 2015

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

FEBRUAR 2015

Inhaltsverzeichnis

LEGISLATIV- UND ARBEITSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION ...	3
ARBEITSPROGRAMM DES ECOFIN-RATES	4
1. ÜBERBLICK.....	4
2. INVESTITIONSPLAN FÜR EUROPA.....	5
3. FINANZIELLE STABILITÄT IN DER EURO-ZONE.....	7
4. WIRTSCHAFTSPOLITISCHE GOVERNANCE	9
5. BANKEN- UND KAPITALMARKTUNION	13
5.1. <i>Follow-up zur Bankenunion</i>	13
5.2. <i>Verbesserung der langfristigen Finanzierung der Realwirtschaft</i>	14
5.3. <i>Weitere (ausgewählte) FDL-Themen</i>	15
5.3.1. Verordnungsvorschlag über strukturelle Maßnahmen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten in der Union („Bankenstrukturreform“)	16
5.3.2. Verordnungsvorschlag über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Benchmark verwendet werden	16
5.3.3. Verordnungsvorschlag über Geldmarktfonds	16
6. STÄRKUNG DER EU-AUßENVERTRETUNG	17
7. VERTIEFUNG DER ZUSAMMENARBEIT IN STEUERFRAGEN.....	18
7.1. <i>Umsetzung des Aktionsplans zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung</i>	18
7.2. <i>Änderung der Richtlinie über Zins- und Lizenzgebühren</i>	18
7.3. <i>Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage (GKKB)</i>	19
7.4. <i>Verstärkte Zusammenarbeit zur Einführung der Finanztransaktionssteuer (FTT)</i>	19
7.5. <i>Initiativen für ein einfacheres und robusteres MwSt-System</i>	20
8. (GEPLANTE) TAGUNGEN DES ECOFIN-RATES 2015	20

LEGISLATIV- UND ARBEITSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

In Einklang mit den im Juli 2014 vom Präsidenten der Europäischen Kommission (EK), Jean-Claude Juncker, präsentierten politischen Leitlinien für die nächste Legislaturperiode, liegt auch der Schwerpunkt des im November vorgelegten Arbeitsprogramms für 2015 auf der Förderung von **Wachstum und Beschäftigung**. Vor diesem Hintergrund hat die EK bereits Ende 2014 einen Vorschlag für einen Investitionsplan vorgelegt, der in Verbindung mit Strukturreformen und soliden öffentlichen Finanzen wieder zu mehr wirtschaftlicher Dynamik in der EU beitragen soll.

Ein weiterer Schwerpunkt des Programms und Ansatzpunkt für mehr Wachstum und Beschäftigung betrifft ferner die **bessere Nutzung des Binnenmarktpotentials**. Ein wichtiges Thema in der Zuständigkeit des Ecofin-Rates wird dabei weiterhin die Reform der Finanzmarktregulierung und -aufsicht, einschließlich der Umsetzung der neuen Vorschriften für die Beaufsichtigung und Abwicklung von Banken, bleiben. Außerdem möchte die EK einen Aktionsplan für eine Kapitalmarktunion vorlegen und Möglichkeiten aufzeigen, wie die Fragmentierung der Finanzmärkte weiter verringert, die Diversifizierung bei der Finanzierung der Realwirtschaft gestärkt und der Kapitalfluss über Grenzen hinweg erleichtert werden kann.

Ebenfalls ein weiterhin wichtiges Thema betrifft die **Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)**. In diesem Zusammenhang will die EK einerseits Vorschläge zur Vereinfachung und Straffung der derzeitigen Governance-Regeln vorlegen, und andererseits auch aktiv zur Diskussion über eine weitere Vergemeinschaftung der Wirtschaftspolitik beitragen. Außerdem möchte sie den **Kampf gegen Steuerumgehung und Steuerbetrug** verstärken und - ausgehend von den Arbeiten auf OECD- und G20-Ebene - einen Aktionsplan gegen die Kürzung und Verlagerung von Gewinnen (Stichwort: BEPS) vorlegen. Ebenso will sie weiterhin eng mit den anderen Institutionen zusammenarbeiten, um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu erleichtern.

Ein wichtiges Anliegen der neuen Kommission ist auch die **Rolle Europas im internationalen Kontext**. Als Priorität hebt die EK hier insbesondere die Stabilität an den EU-Außengrenzen hervor, die u.a. durch die Umsetzung politischer und wirtschaftlicher Reformen sowie durch die Wahrung der Rechtstaatlichkeit und durch den Aufbau funktionierender

institutioneller Kapazitäten gefördert werden soll. Ebenso möchte die EK erreichen, dass die Effizienz in der EU-Außenvertretung weiter verbessert und das Potential in Bezug auf neue globale Wachstumsmärkte stärker genutzt wird. Im Rahmen der laufenden Erweiterungsverhandlungen soll insbesondere für Staaten des westlichen Balkans die europäische Perspektive erhalten bleiben.

ARBEITSPROGRAMM DES ECOFIN-RATES

1. Überblick

Auch im Ecofin-Rat (bzw. in der Euro-Gruppe) stehen Maßnahmen zur **Förderung von Wachstum und Beschäftigung** weiterhin im Mittelpunkt des Arbeitsprogramms. Wichtigstes Thema ist die Umsetzung der Beschlüsse des Europäischen Rates (ER) vom Dezember 2014 zum Europäischen Investitionsplan. Die Präsidentschaft will in diesem Zusammenhang vor allem die Verhandlungen zum Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSl) vorantreiben und bis Juni 2015 zu einem Abschluss bringen.

Bei der Umsetzung des EU-Semesters möchte die Präsidentschaft eine **konsequente Anwendung des wirtschafts- und budgetpolitischen Rahmenwerks** sicherstellen. Darüber hinaus will die Präsidentschaft die horizontale Diskussion über wichtige Strukturreformen, insbesondere was deren Herausforderungen bei der Umsetzung betrifft, weiterführen.

Im Rahmen der **Weiterentwicklung der WWU** will die Präsidentschaft die **Überprüfung der Governance-Regeln** auf Basis der von der EK im November 2014 veröffentlichten Kommunikation weiterführen und diesbezügliche Schlussfolgerungen im Ecofin-Rat annehmen. Ebenso soll die Diskussion über eine weitere Vertiefung der WWU auf Basis des „vier Präsidentenberichts“ fortgesetzt werden.

In Bezug auf die **Kapitalmarktunion** will die lettische Präsidentschaft auf Basis von Beiträgen der EK einen Meinungsaustausch im Rat durchführen. Ferner will sie eine zeitgerechte und korrekte Implementierung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der **Bankenunion** sicherstellen. Im Rahmen der **Reform der Finanzmarktregulierung und -aufsicht** haben neben der Weiterarbeit an der Reform der Bankenstruktur die Überarbeitung der Zahlungsdienste-RL, die VO zu Benchmarking sowie die Versicherungsvertriebs-RL oberste Priorität.

Im **Steuerbereich** will die Präsidentschaft die Arbeiten zur Änderung der Richtlinie über Zinsen und Lizenzgebühren sowie zur Einführung einer konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage vorantreiben. Ein weiteres Schwerpunktthema betrifft darüber hinaus die Umsetzung der BEPS-Initiative im Rahmen der EU, und hier insbesondere den von der EK angekündigten Vorschlag zur Einführung eines automatischen Informationsaustausches betreffend Tax Rulings. Im Bereich der Mehrwertsteuer will Präsidentschaft vor allem Fortschritte zu den geplanten Änderungen in Zusammenhang mit der Behandlung von Gutscheinen sowie der Einführung standardisierter MwSt-Erklärungen erzielen. Schließlich unterstützt die Präsidentschaft auch den Vorschlag zur verstärkten Zusammenarbeit für eine Finanztransaktionssteuer.

Im Rahmen der **EU-Außenvertretung** will die lettische Präsidentschaft vor allem eine effektive Vor- und Nachbereitung der G-20 Treffen sicherstellen. In Zusammenhang mit den Vorbereitungen auf die internationale Klimakonferenz in Paris wird sich der Ecofin-Rat mit **Fragen der Klimafinanzierung** befassen.

In Bezug auf **Statistik** will die Präsidentschaft den Fokus weiterhin auf Themen rund um die Economic Governance und die Qualität der öffentlichen Finanzen richten.

Schließlich möchte die lettische Präsidentschaft für einen reibungslosen Verlauf des **Entlassungsverfahrens zum Budget 2013** sorgen. Ein weiterer Schwerpunkt wird auf der Revision des mehrjährigen Finanzrahmens aufgrund der verspäteten Annahme der operationellen Programme sowie den Berichtigungen des **Budgets 2015** im Zusammenhang mit der Investitionsoffensive liegen. Zur Evaluierung des Eigenmittelsystems soll dem Ecofin-Rat ein erster Bericht der High Level Gruppe vorgelegt werden.

2. Investitionsplan für Europa

Hintergrund

Gemäß den jüngsten Prognosen von EK, IWF und OECD bleibt die Wirtschaftslage in der EU (bzw. in der Euro-Zone) weiterhin fragil. Die Investitionsquote liegt Berechnungen der EK zufolge um rund 2 Prozentpunkte unter dem längerfristigen Durchschnitt. Kurzfristig resultiert daraus eine Verlangsamung der wirtschaftlichen Erholung. Mittel- und längerfristig wirkt sich

eine schwache Investitionstätigkeit negativ auf die Qualität des Kapitalstocks sowie auf das Wachstumspotential, die Produktivität und die Beschäftigungszahlen aus.

Vor diesem Hintergrund hat die EK im November letzten Jahres den Vorschlag für einen Europäischen Investitionsplan vorgelegt, der auf drei Säulen aufgebaut ist: i) Der Errichtung eines Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), durch den zusätzliche Investitionen von mehr als 300 Mrd. Euro mobilisiert werden sollen; ii) die Fokussierung auf Schlüsselprojekte in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Forschung und Innovation sowie auf die Finanzierung von KMU; iii) die Verbesserung des Investitionsumfeldes durch die Beseitigung finanzieller und regulatorischer Hindernisse. Durch den Europäischen Investitionsplan soll - verknüpft mit der Umsetzung von Strukturreformen sowie einer wachstumsfreundlichen Budgetkonsolidierung - die Grundlage für eine wieder dynamischere Wirtschaftsentwicklung geschaffen werden.

Bereits im September letzten Jahres wurde außerdem eine Task Force, bestehend aus Vertretern der EK und EIB sowie der Mitgliedsstaaten eingerichtet, um eine Pipeline mit tragfähigen Investitionsprojekten zu identifizieren und Hindernisse im Hinblick auf deren Umsetzung aufzuzeigen. Ein diesbezüglicher Bericht wurde im Dezember vorgelegt. Demnach wurden im Rahmen der Task Force rund 2000 Projekte mit einem potentiellen Investitionsvolumen von rund 1300 Mrd. Euro gemeldet, wovon kurzfristig, d.h. innerhalb von drei Jahren, rund 500 Mrd. Euro realisiert werden könnten. Österreich hat Projekte im Umfang von rund 28 Mrd. Euro (davon kurzfristig realisierbar: rund 11½ Mrd. Euro) gemeldet.

Aktueller Stand

Die EK hat am 13. Jänner einen Verordnungsvorschlag zur Einrichtung des EFSI vorgelegt. Dieser soll innerhalb der EIB-Gruppe eingerichtet und zunächst mit 21 Mrd. Euro (EU-Haushalt: 16 Mrd. Euro; EIB-Rücklagen: 5 Mrd. Euro) ausgestattet werden. Die Mitgliedstaaten sowie private Investoren sollen die Möglichkeit haben, entweder direkt oder (im Falle der Mitgliedstaaten) auch im Wege ihrer nationalen Förderbanken durch Einzahlung von Kapital zum Fonds beizutragen.

Der Fonds soll auf Projekte mit einem höheren Risiko- und Ertragsprofil abzielen als die bestehenden Instrumente der EIB und diese somit ergänzen. Er soll private Marktfinanzierungen nicht ersetzen, sondern als Katalysator für private Finanzierungen wirken, und dafür eine

breite Palette an Finanzprodukten, einschließlich Eigenkapital, Darlehen und Garantien anbieten. Der Fonds soll über eine eigene Governance-Struktur (Direktorium, Lenkungsausschuss, Investitionsausschuss) verfügen; gleichzeitig wird (da der Fonds rechtlich in die EIB eingegliedert ist) die Projektauswahl auch der EIB-Governance unterliegen. Neben dem EFSI soll ferner eine Europäische Plattform für Investitionsberatung („European Investment Advisory Hub“) geschaffen werden, die verstärkte Unterstützung bei der Projektentwicklung und -vorbereitung leisten soll.

Gemäß den Plänen der Präsidentschaft soll bereits beim Ecofin-Rat im März eine Einigung über den EK-Vorschlag zur Errichtung des EFSI erzielt werden. Die Verhandlungen mit dem EP sollen dann bis Jahresmitte abgeschlossen sein.

Position des BMF

Die Investitionsoffensive ist Teil einer viel breiteren Strategie, die neben Investitionen auch Strukturreformen und solide öffentliche Finanzen umfassen muss. Der vorgeschlagene Investitionsfonds ist aufgrund seiner höheren Risikoabsorptionskapazität ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings muss sichergestellt werden, dass die aus dem Fonds unterstützten Projekte volkswirtschaftlich sinnvoll und wirtschaftlich tragfähig sind und der Beitrag des Fonds in signifikantem Ausmaß zusätzliche private Investitionsmittel mobilisiert. Dazu muss insbesondere die Arbeit an einer geeigneten Projektpipeline, basierend auf den von der Task Force geleisteten Vorarbeiten, konsequent fortgesetzt werden.

3. Finanzielle Stabilität in der Euro-Zone

Hintergrund

Als Folge der Finanz- und Schuldenkrise wurden innerhalb der letzten Jahre zahlreiche Maßnahmen getroffen, um einerseits die Eurozone bzw. die EU insgesamt wieder zu stabilisieren und andererseits die Krisenvorsorge auf eine solidere Basis zu stellen. Im Zuge des kurzfristigen Krisenmanagements wurden zwischen 2008 und 2013 mit fünf Eurostaaten (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Zypern) sowie mit drei Nicht-Eurostaaten (Ungarn, Lettland, Rumänien) Unterstützungsprogramme ausverhandelt und gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds sowie in Verbindung mit strengen Programmkonditionalitäten Finanzhilfen bereitgestellt. Ebenso haben innerhalb der letzten Jahre auch die anderen Mit-

gliedsstaaten erhebliche Anstrengungen unternommen, um ihre öffentlichen Finanzen wieder auf einen nachhaltigeren Entwicklungspfad zurückzuführen und durch strukturelle Reformen die Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Die EZB hat durch ihre geldpolitischen Entscheidungen wesentlich zur Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen beigetragen. Die Eigenkapitalbasis des Bankensektors wurde seit 2007 deutlich gestärkt und im Hinblick auf den im Vorjahr abgeschlossenen Stresstest nochmals um mehr als 140 Mrd. Euro erhöht. Schließlich wurde zur Verbesserung der Krisenvorsorge sowohl die wirtschaftspolitische Governance als auch die Regulierung und Aufsicht der Finanzmärkte einer grundlegenden Reform unterzogen.

Aktueller Stand

Die erwähnten Maßnahmen haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Glaubwürdigkeit der europäischen Wirtschafts- und Budgetpolitik und das Vertrauen in die gemeinsame Währung wieder weitgehend hergestellt werden konnten. Gemäß der aktuellen EK-Prognose werden heuer erstmals seit Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise wieder alle Mitgliedstaaten ein positives Wirtschaftswachstum aufweisen. Das nominelle Budgetdefizit sollte 2015 wieder deutlich auf unter 3% des BIP (EU: 2,6%; Euro-Zone: 2,2%) sinken, nachdem es 2010 noch mehr als 6% des BIP betragen hat. Die öffentliche Schuldenquote sollte heuer mit knapp 95% des BIP ihren Höchstwert erreichen und ab 2016 wieder sinken.

Mit Spanien, Portugal und Irland konnten mittlerweile drei Unterstützungsprogramme in der Euro-Zone zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. In allen drei Mitgliedstaaten wird auch für heuer und nächstes Jahr wieder eine vergleichsweise günstige Wirtschaftsentwicklung erwartet und vor allem für Irland (bzw. im geringeren Umfang auch für Spanien) ein Wachstum deutlich über dem Durchschnitt der Euro-Zone prognostiziert. Auch in Zypern ist die Umsetzung des Programms bisher weitgehend nach Plan erfolgt. Mit dem Beitritt Litauens wurde per 1.1.2015 der Teilnehmerkreis an der gemeinsamen Währung abermals erweitert und die Attraktivität der Eurozone einmal mehr bestätigt.

In Bezug auf Griechenland ist die Zukunft des Programms derzeit offen. Die griechische Regierung hat sich darauf festgelegt, dass sie keinen Antrag auf Verlängerung des derzeit noch laufenden EFSF-Programms stellen werde. Das damit verbundene Risiko eines ungeordneten Defaults soll aus Sicht der griechischen Regierung durch einen Überbrückungskredit bis zum Vorliegen eines neuen Programms abgedeckt werden.

Position des BMF

Wiewohl die Eurozone bzw. die EU insgesamt mittlerweile große Fortschritte bei der Bewältigung der Finanz- und Schuldenkrise vorweisen kann, bleibt der Ausblick weiterhin mit Unsicherheiten behaftet. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die Reformagenda der letzten Jahre sowohl auf EU-Ebene als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten fortgesetzt und die Binnennachfrage gestärkt wird. Auf internationaler Ebene ist es notwendig, dass die Interessen der EU im Hinblick auf die Sicherstellung einer ausgewogenen und spannungsfreien Entwicklung der Weltwirtschaft aktiv eingebracht werden- etwa im Rahmen der G-20. Finanzielle Unterstützungen aus der EFSF/ dem ESM müssen weiterhin konsequent mit der Erfüllung der vereinbarten Auflagen verknüpft werden.

4. Wirtschaftspolitische Governance

4.1. Umsetzung des Europäischen Semesters

Hintergrund

Mit dem Europäischen Semester wurde ein wirksames Instrument zur Steuerung der nationalen Wirtschafts- und Fiskalpolitiken geschaffen. Zentrale Dokumente sind dabei der Jahreswachstumsbericht sowie der Frühwarnbericht zu potentiellen makroökonomischen Ungleichgewichten. Beide Berichte sind Ende November letzten Jahres von der EK vorgelegt worden. 2015 wird das Europäische Semester zum fünften Mal durchgeführt.

Der Jahreswachstumsbericht beschreibt die horizontalen wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen- für 2015 sind dies die Steigerung der Investitionen, die Beschleunigung struktureller Reformen sowie die Umsetzung einer (weiterhin) möglichst wachstumsfreundlichen Budgetkonsolidierung. Außerdem enthält der diesjährige Bericht auch Vorschläge zur Straffung und Aufwertung des Europäischen Semesters.

Im Rahmen des so genannten Frühwarnberichts, der in Zusammenhang mit der Reform der wirtschaftspolitischen Governance eingeführt worden ist, identifiziert die EK jene Mitgliedstaaten, für die es Hinweise auf makroökonomische Fehlentwicklungen gibt, und die daher einer vertieften Analyse unterzogen werden. Wenn sich dabei bestätigt, dass tatsächlich ein

übermäßiges Ungleichgewicht vorliegt und dieses die Stabilität der Eurozone gefährdet, wird ein Verfahren zu dessen Korrektur eingeleitet. Wie bereits im letzten Jahr wird auch diesmal wieder bei sechzehn Mitgliedsstaaten eine Tiefenanalyse vorgenommen; Österreich ist nicht betroffen.

Aktueller Stand

Zu beiden Berichten hat bereits im Dezember letzten Jahres eine Orientierungsdebatte im Ecofin-Rat stattgefunden; eine ausführliche Diskussion sowie die Annahme von Schlussfolgerungen als Input für die Frühjahrstagung der Staats- und Regierungschefs (Jahreswachstumsbericht) bzw. für die Tiefenanalyse der EK (Frühwarnbericht) ist für den Ecofin-Rat im Februar vorgesehen. Im Anschluss an den Europäischen Rat müssen die Mitgliedstaaten dann ihre Stabilitäts-/ Konvergenzprogramme sowie Nationalen Reformprogramme erstellen und bis Mitte/ Ende April an die EK übermitteln.

Position des BMF

Aus Sicht des BMF hat sich die Einführung des Europäischen Semesters grundsätzlich bewährt, weil dadurch die bisher getrennten Verfahren bei der wirtschaftspolitischen Koordination im Rahmen der EU 2020 Strategie sowie der Budgetüberwachung im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes stärker zusammengeführt und die Voraussetzungen für eine kohärentere Wirtschafts- und Budgetpolitik geschaffen worden sind. Ferner unterstützt das BMF die im Jahreswachstumsbericht genannten Schwerpunktsetzungen (Investitionen, Strukturreformen, Verantwortungsvolle Budgetpolitik) bzw. den Ansatz, dass für eine wieder nachhaltigere Wachstumsentwicklung in allen drei Bereichen gleichzeitig Maßnahmen getroffen werden müssen.

4.2. Review zur Europa 2020 Strategie

Hintergrund

Die Europa 2020 Strategie wurde vom Europäischen Rat im Juni 2010 beschlossen. Ihr Ziel ist die Förderung von Beschäftigung sowie eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wirtschaftswachstums. Die Umsetzung wird anhand von fünf Kernzielen (in den Bereichen

Beschäftigung, Bildung, Forschung und Entwicklung, Armutsbekämpfung, Energie und Klimaschutz) überwacht. Darüber hinaus umfasst die Strategie sieben Leitinitiativen: Innovation, digitale Wirtschaft, Industriepolitik, Beschäftigung, Jugend, Armutsbekämpfung und Ressourceneffizienz. Die Überwachung und Bewertung der Fortschritte erfolgt im Rahmen des Europäischen Semesters; 2015 erfolgt eine Überprüfung der Strategie.

Aktueller Stand

Im März letzten Jahres hat die EK eine Mitteilung mit einer ersten Bestandsaufnahme über die im Rahmen der Strategie bisher erzielten Fortschritte vorgelegt. Demnach ist in Bezug auf die fünf Kernziele bisher die Umsetzung der Bildungs- und Umweltziele nach Plan verlaufen; bei Beschäftigung, Forschung und Entwicklung sowie der Armutsbekämpfung müssen die Anstrengungen hingegen weiter verstärkt werden. Weiters fand zwischen Mai und Oktober eine öffentliche Konsultation statt. Der Input des Rates (bzw. der relevanten Ratsformationen) wurde im Rahmen eines Syntheseberichts dargestellt. Die EK wird Anfang 2015 Vorschläge zur Weiterentwicklung/ Änderung der Strategie vorlegen. Beim ER im März 2015 soll sodann ein Beschluss gefasst werden.

Position des BMF

Da die 2010 identifizierten Herausforderungen und daraus resultierenden quantitativen Kernziele nach wie vor aktuell sind, sollte die Europa 2020 Strategie grundsätzlich in ihrer derzeitigen Form und Governance beibehalten werden. Auch wenn aktuelle Trends zeigen, dass einige der Kernziele bis 2020 nur mehr schwer erreichbar sind, sollte in diesen Bereichen keine Reduktion der Zielwerte erfolgen. Für den Erfolg der Strategie wird auch wesentlich sein, dass die Abstimmung zwischen den verschiedenen Politikbereichen weiter verstärkt und die Umsetzung der Maßnahmen verbessert wird.

4.3. Weiterentwicklung der WWU

Hintergrund

Bereits im Oktober 2011 wurde von den Staats- und Regierungschefs der Eurozone an die vier Präsidenten (ER, EK, EZB und EG) der Auftrag erteilt, weitere Maßnahmen zur Stärkung

der WWU zu identifizieren. Ein diesbezüglicher Endbericht wurde im Dezember 2012 vorgelegt und in zentralen Bereichen (Stichwort: Errichtung einer Bankenunion; Stärkung des SWP) auch bereits umgesetzt. Nicht realisiert wurde bis dato der Vorschlag für die Errichtung eines „integrierten wirtschaftspolitischen Rahmenwerks“ (Stichwort: Ex-ante Koordination großer Reformvorhaben; Verknüpfung von Strukturreformen/ vertraglichen Vereinbarungen mit finanziellen Anreizen/ Solidaritätsmechanismen).

Aktueller Stand

Beim ER im Oktober 2014 wurde die Debatte über eine Vertiefung der wirtschaftspolitischen Koordinierung wiederbelebt und die vier Präsidenten erneut beauftragt, die nächsten konkreten Schritte für eine bessere wirtschaftliche Governance (inkl. konkrete Mechanismen für mehr Konvergenz und Solidarität) vorzubereiten. Beim ER im Dezember 2014 wurde ein Zeitplan für die weiteren Arbeiten festgelegt. Demnach soll beim informellen Treffen am 12. Februar eine Diskussion auf Basis einer analytischen Note geführt, und im Anschluss von den vier Präsidenten bis Juni 2015 ein Bericht vorgelegt werden.

Darüber hinaus hat die EK bereits im November letzten Jahres eine Mitteilung zum Review der Governance-Regeln (Six Pack und Two Pack) vorgelegt. Darin legt sie dar, dass es angesichts des kurzen Beobachtungsrahmens - die Rechtstexte werden erst seit 2011 bzw. 2013 angewendet - noch zu früh sei, um konkrete Schlussfolgerungen über ihre Effektivität ziehen zu können. Zusätzlich wurden einzelne Bestimmungen (wie beispielsweise in Bezug auf Sanktionen) bisher noch nicht angewendet. Schließlich fehlen - so die EK in ihrer Mitteilung - auch Erfahrungen darüber, wie das Regelwerk in einem „normalen“ wirtschaftlichen Umfeld funktioniert. Verbesserungspotential sieht die EK vor allem bezüglich Transparenz und Komplexität des Regelwerks.

Im Jänner dieses Jahres hat die EK schließlich eine Mitteilung zur Nutzung der Flexibilität im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgelegt. Demnach sollen künftig bei Investitionen, die aus EU-Mitteln (Strukturfonds; EFSI) kofinanziert werden, im präventiven Teil des SWP temporäre Abweichungen vom budgetären Anpassungspfad erlaubt sein, wenn bestimmte Kriterien, darunter ein negatives Wirtschaftswachstum sowie die Rückkehr zum mittelfristigen Budgetziel (MTO) innerhalb von vier Jahren, erfüllt sind. Ferner sollen Beiträge zum EFSI sowohl im präventiven als auch im korrektiven Arm des SWP als Einmalmaßnahme bewertet und daher keinen Einfluss auf die strukturellen Zielgrößen des Paktes haben. Ebenso sollen auch im

Fälle konkret geplanter Strukturreformen temporäre Abweichungen vom MTO (oder Abweichungen vom Anpassungspfad) erlaubt werden. Schließlich sollen gemäß der Mitteilung die notwendigen fiskalischen Anpassungserfordernisse unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Umfeldes genauer spezifiziert werden.

Position des BMF

Das BMF unterstützt die Weiterentwicklung der WWU - auch die Regierung hat dies in ihrem Arbeitsprogramm festgeschrieben. Kurzfristig sollte der Fokus darauf liegen, dass die bereits existierenden Regeln konsequent umgesetzt und - so sich das auf Basis des Review von Six Pack und Two Pack als notwendig erweisen sollte - punktuell auch weiterentwickelt werden. In Bezug auf den Stabilitäts- und Wachstumspakt wird eine Nutzung von Flexibilitätsspielräumen auch vom BMF unterstützt; allerdings darf dadurch keine generelle Lockerung der Budgetregeln erfolgen, und die Vorschläge der EK müssen zumindest weiter präzisiert werden.

5. Banken- und Kapitalmarktunion

5.1. Follow-up zur Bankenunion

Hintergrund

Um die wechselseitige Abhängigkeit zwischen Bankensektor und öffentlichen Sektor zu durchbrechen, haben die Staats- und Regierungschefs im Juni 2012 beschlossen, die Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Bankenunion zu ergänzen. Diese stützt sich auf drei Säulen: Erstens, auf ein einheitliches Regelwerk („Single Rulebook“), darunter Eigenkapitalvorschriften, Anlegerschutzvorschriften sowie Vorschriften zur Krisenprävention, das für alle Finanzinstitute verbindlich ist; zweitens, auf einen Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM), mit dem die Rolle der zentralen Aufsichtsbehörde für Finanzinstitute in den Euro-Staaten sowie in den Nicht-Eurostaaten, so sie sich zur Teilnahme am SSM entschließen, auf die EZB übertragen wird; drittens, auf einen Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM), der zur Anwendung kommt, wenn künftig eine Bank trotz verstärkter Aufsicht in eine finanzielle Schieflage geraten sollte. Ein wesentlicher Grundsatz der Bankenunion ist die Beteiligung der Anteilseigner und Gläubiger sowie des von den Banken finanzierten Abwicklungsfonds an den Kosten von Bankensanierungen oder -abwicklungen, sodass Banken-

probleme in Zukunft deutlich weniger negative Auswirkungen auf die öffentlichen Budgets haben werden.

Aktueller Stand

Die EZB hat Anfang November letzten Jahres im Rahmen des SSM die Aufsicht über alle Banken der Euro-Zone übernommen, nachdem zuvor noch eine umfassende Überprüfung der Bankbilanzen inklusive eines Stresstests durchgeführt worden ist. Die Kapitalisierungspläne jener Banken, die den Stresstest nicht bestanden haben, sind mittlerweile von der EZB bereits genehmigt worden. Im Dezember letzten Jahres wurde außerdem eine Einigung über die noch ausstehenden Rechtsakte zur Berechnung der Beitragsleistungen an den Einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF) und zu den Ernennungen der zentralen Leitungspersonen im Abwicklungsgremium getroffen. In den nächsten Monaten sollen die nationalen Genehmigungsverfahren zum Intergouvernementalen Abkommen über die Errichtung des SRF abgeschlossen werden, damit dieser - wie vorgesehen - mit 1.1.2016 in Kraft treten kann. Schließlich wird derzeit auf Ebene des Ecofin-Rates an einer Regelung hinsichtlich Zwischen- und Überbrückungsfinanzierung gearbeitet, die bis zur völligen Vergemeinschaftung der Mittel im SRF zur Anwendung kommen soll.

Position des BMF

Die Bankenunion stellt einen weiteren wichtigen Schritt der Wirtschafts- und Finanzintegration in der EU dar. Dadurch werden Banken künftig stärker in die Verantwortung genommen und denselben hohen Standards bei der Beaufsichtigung unterliegen. Ebenso wird sichergestellt, dass grenzüberschreitende Probleme frühzeitiger erkannt und beseitigt werden können. In Zusammenhang mit den Verhandlungen zur Überbrückungsfinanzierung tritt das BMF für eine Lösung im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus ein.

5.2. Verbesserung der langfristigen Finanzierung der Realwirtschaft

Hintergrund

Um einerseits die Attraktivität Europas als Investitionsstandort zu stärken und andererseits die Finanzierung für Unternehmen zu verbessern, hat EK-Präsident Jean-Claude Juncker be-

reits im Sommer 2014 im Rahmen seiner politischen Leitlinien auch die Schaffung einer Kapitalmarktunion angekündigt. Durch eine stärkere Integration der Kapitalmärkte soll die Kapitalbeschaffung insbesondere für KMU günstiger und die hohe Abhängigkeit von der Bankenfinanzierung verringert werden. Die diesbezüglichen Arbeiten sollen an den bisherigen Aktivitäten zur Verbesserung der Finanzierung der Realwirtschaft anknüpfen.

Aktueller Stand

Als ersten Schritt plant die EK noch im Frühjahr dieses Jahres die Veröffentlichung eines Grünbuchs, mit dem ein dreimonatiger Konsultationsprozess eingeleitet werden soll. Im Sommer soll dann eine Roadmap mit konkreteren Maßnahmen vorgelegt werden. Bereits kurzfristig soll mit den Arbeiten zur Wiederbelebung des Marktes für Kreditverbriefungen begonnen werden, wobei es gemeinsames Verständnis ist, dass es sich dabei um einfache und transparente sowie angemessen definierte und regulierte Produkte handeln muss. Einen diesbezüglichen Legislativvorschlag hat die EK für Herbst angekündigt. Weitere Themen, die nach Auffassung des Ecofin-Rates eingehender geprüft werden sollen, betreffen u.a. Crowdfunding, gedeckte Schuldverschreibungen, Privatplatzierungen sowie Mini-Anleihen“ für KMU. Ebenso sollen Gesellschafts- und Insolvenzrecht sowie steuerliche Unterschiede bei der Behandlung von Eigenkapital- und Fremdkapitalfinanzierungen geprüft werden.

Position des BMF

Die Initiativen zur Schaffung einer Kapitalmarktunion werden, soweit die Maßnahmen tatsächlich zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung beitragen, auch vom BMF unterstützt. Allerdings muss ebenso klar sein, dass kapitalmarkt-basierte Instrumente die (traditionelle) Bankenfinanzierung nicht ersetzen, sondern allenfalls ergänzen können. Darüber hinaus ist insbesondere beim Thema „Verbriefungen“ darauf zu achten, dass Fehler aus der Vergangenheit nicht wiederholt werden.

5.3. Weitere (ausgewählte) FDL-Themen

5.3.1. Verordnungsvorschlag über strukturelle Maßnahmen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten in der Union („Bankenstrukturreform“)

Der Vorschlag, der auf den im Herbst 2012 veröffentlichten Bericht der „Liikanen Expertengruppe“ Bezug nimmt, wurde von der EK im Jänner 2014 vorgelegt. Ziel des Vorschlages ist es, die Systemstabilität des Bankensektors zu erhöhen, indem Handelsaktivitäten von großen und systemrelevanten Banken ab einem gewissen Ausmaß gesondert reguliert werden. Für diese Banken soll ein Verbot des Eigenhandels eingeführt werden. Weiters sollen sensible Handelstätigkeiten (wie Market-Making, Handel mit komplexen Derivaten und Verbriefungen) ab Überschreitung von gewissen Schwellenwerten auf separate Handelsunternehmen innerhalb einer Bankengruppe übertragen werden können. Ziel der Präsidentschaft ist eine politische Einigung beim Ecofin-Rat im Mai. Aus Sicht des BMF muss insbesondere darauf geachtet werden, dass eine Abspaltung bestimmter Handelsaktivitäten tatsächlich nur der Risikoreduktion dient und negative Nebeneffekte, etwa im Bereich Marktliquidität, vermieden werden.

5.3.2. Verordnungsvorschlag über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Benchmark verwendet werden

Die EK hat ihren Vorschlag im September 2013 vorgelegt. Ziel der Initiative ist, nach der Manipulation von LIBOR und EURIBOR das Vertrauen in die Integrität von Benchmarks wiederherzustellen, indem die Kontrolle beim Benchmark-Prozess, sowie die Qualität der verwendeten Eingabedaten und Methoden verbessert werden. Für Verbraucher und Anleger, die Benchmarks nutzen, soll ein angemessener Schutz sichergestellt werden. Aktuell wird der Vorschlag auf Ratsebene verhandelt; die lettische Präsidentschaft möchte im ersten Halbjahr auch noch eine Einigung mit dem EP erzielen. Das BMF unterstützt den EK-Vorschlag.

5.3.3. Verordnungsvorschlag über Geldmarktfonds

Auch dazu hat die EK im September 2013 einen Vorschlag vorgelegt. Geldmarktfonds stehen mit den Arbeiten zum Schattenbankwesen in Verbindung, die von der EK mittlerweile wieder aufgenommen worden sind und die an das Grünbuch zum Schattenbankwesen vom März 2012 anknüpfen. Ziel der Verordnung ist es, durch einheitliche Standards/ Regeln die

Liquidität von Geldmarktfonds zu erhöhen. Geldmarktfonds sind für Finanzinstitute, Unternehmen und Staaten eine wichtige kurzfristige Finanzierungsquelle. Unter lettischer Präsidentschaft sollen die Arbeiten auf technischer Ebene fortgesetzt werden. Das BMF steht der Zielsetzung des Vorhabens grundsätzlich positiv gegenüber, setzt sich jedoch für die Verwendung eines marktbasiereten Ansatzes bei der Bewertung von Fondsanteilen ein, da dieser im Vergleich zur konstanten Bewertungsmethode einen höheren Anlegerschutz bietet.

6. Stärkung der EU-Außenvertretung

Auf internationaler Ebene wird im Rahmen der G20, die sich seit Ausbruch der Finanzkrise als wichtiges globales Forum für Finanz- und Wirtschaftsfragen etabliert hat, weiterhin die Schaffung eines Rahmens für ein starkes, nachhaltiges und ausgeglichenes Wachstum im Vordergrund stehen. Priorität hat dabei für die bis zum 31. November 2015 dauernde türkische Präsidentschaft die Implementierung der diesbezüglichen Reformmaßnahmen, zu denen sich die G20-Staaten im Rahmen des Aktionsplanes von Brisbane im November 2014 verpflichtet haben.

Ein weiteres Schlüsselthema betrifft auch die Weiterführung der unter australischer Präsidentschaft ins Leben gerufenen globalen Infrastrukturinitiative. Darüber hinaus sollen auch die Arbeiten an den weiteren Arbeitssträngen der bisherigen G20-Agenda - der Reformprozess im Finanzmarktbereich, diverse Initiativen im Steuerbereich (Stichwort: BEPS, Automatischer Informationsaustausch) und die Reform der Internationalen Finanzarchitektur - weiter vorangetrieben werden.

Ein wichtiges Thema in Bezug auf den IWF, dessen Bedeutung im Zuge der Finanz- und Schuldenkrise durch die Bereitstellung von Finanzierungsmitteln und technischer Expertise wieder deutlich gestiegen ist, wird weiterhin die Quoten- und Governancereform bleiben. Nachdem die USA die 2010 vereinbarte Reform bis Ende 2014 nicht ratifiziert haben, wird derzeit intensiv nach alternativen Lösungen gesucht.

Das BMF unterstützt die Arbeiten der G20, die sich in den letzten Jahren als nützliches Forum für wirtschafts- und finanzpolitisch relevante Fragen erwiesen hat und bringt sich aktiv in den diesbezüglichen EU-Koordinationsprozess ein. Allerdings sollten aus Sicht des BMF

institutionelle Fragen in Zusammenhang mit dem IWF nicht im (informellen) Rahmen der G20 sondern in den zuständigen Entscheidungsgremien des IWF behandelt werden.

7. Vertiefung der Zusammenarbeit in Steuerfragen

7.1. Umsetzung des Aktionsplans zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung

Im Rahmen des im Juli 2013 vorgelegten Aktionsplans der OECD zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Action Plan on Base Erosion and Profit Shifting – BEPS) hat die OECD im Herbst 2014 bereits die ersten Empfehlungen veröffentlicht. Die EU hat sich aktiv in die Arbeiten der OECD eingebracht und bemüht sich gleichzeitig darum, ihre eigenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuervermeidung in der EU voranzubringen. Im Auftrag der High Level Gruppe, die sich mit Steuerfragen beschäftigt, wird derzeit eine Roadmap für EU-Maßnahmen gegen die Aushöhlung der Steuerbemessungsgrundlagen und Gewinnverschiebungen erarbeitet. Eine der Initiativen betrifft die Probleme mit so genannten „Tax Rulings“ (verbindlichen Steuerauskünften). Durch mangelnde Information betroffener Steuerverwaltungen an andere Mitgliedstaaten wurde aggressive Steuerplanung in der Vergangenheit massiv gefördert. Diese kann nur eingedämmt werden, wenn Rulings strengeren Regeln unterworfen und mehr Informationen zwischen den Mitgliedstaaten darüber ausgetauscht werden. Die EK wird dazu noch im ersten Halbjahr einen Vorschlag vorlegen. Das BMF unterstützt diese Initiative.

7.2. Änderung der Richtlinie über Zinsen und Lizenzgebühren

Die Richtlinie soll steuerliche Hindernisse bei grenzüberschreitenden Zahlungen von Zinsen und Lizenzgebühren an verbundene Unternehmen beseitigen, indem Einkünfte in Form von Zinsen und Lizenzgebühren, die in einem Mitgliedsstaat anfallen, von der Quellensteuer befreit sind. Der bereits im November 2011 von der EK vorgelegte Vorschlag zur Änderung der Richtlinie soll unter anderem die Quellensteuerbefreiung auf jene Fälle beschränken, in denen der Nutzungsberechtigte im Ansässigkeitsmitgliedstaat nicht von der Körperschaftsteuer befreit ist. Zudem wird die Aufnahme einer allgemeinen Missbrauchsbestimmung nach dem Muster der Mutter-Tochter-RL in Aussicht gestellt. Vorerst konnte über die Änderungen kein Konsens erzielt werden; der lettische Vorsitz wird die Arbeiten fortsetzen. Das BMF un-

terstützt das Legislativvorhaben und setzt sich dafür ein, eine spezifische Missbrauchsbekämpfungsvorschrift in die Richtlinie aufzunehmen, um missbräuchliche Praktiken im Zusammenhang mit immateriellen Wirtschaftsgütern zu unterbinden.

7.3. Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage (GKKB)

Dazu legte die EK im März 2011 den Vorschlag für eine Richtlinie vor. Dieser umfasst einheitliche Regeln, die in der EU tätige Unternehmen zur Berechnung ihrer steuerpflichtigen Gewinne (optional) anwenden können. Die Einführung einer GKKB könnte nach Einschätzung der EK die Verwaltungs- und Befolgungskosten senken und die Rechtssicherheit für grenzüberschreitend tätige Unternehmen, die ihre Steuerbemessungsgrundlage derzeit nach den Vorschriften von bis zu 28 unterschiedlichen nationalen Systemen berechnen müssen, stärken. Unternehmen, die für die GKKB optieren, würden nur noch bei einer einzigen Stelle ihre Steuererklärungen einreichen und alle in der EU entstandenen Gewinne und Verluste konsolidieren. Bisher gibt es nur in wenigen Punkten Einigkeit. Vor dem Hintergrund der BEPS-Debatte auf EU-Ebene soll der Schwerpunkt nun auf die internationalen Aspekte des Vorschlages (zum Beispiel Missbrauchsbekämpfungsmaßnahmen sowie hybride Gestaltungen) gelegt werden. Das BMF wird sich konstruktiv an den weiteren Arbeiten beteiligen.

7.4. Verstärkte Zusammenarbeit zur Einführung der Finanztransaktionssteuer (FTT)

Dazu hat die EK im September 2011 einen (ersten) Vorschlag für eine Richtlinie vorgelegt; nachdem der Ecofin-Rat feststellte, dass eine Einigung auf Ebene der (damals) 27 Mitgliedsstaaten nicht möglich ist, stellten 11 Mitgliedstaaten (darunter Österreich) einen schriftlichen Antrag zur Einführung einer FTT auf Basis der verstärkten Zusammenarbeit. Die EK hat daraufhin im Februar 2013 einen angepassten RL-Vorschlag samt Folgenabschätzung vorgelegt, auf dessen Basis die Diskussion weitergeführt wurde. Beim Ecofin-Rat im Mai 2014 einigte man sich darauf, dass die FTT schrittweise eingeführt und zunächst Aktien und einige Derivate erfassen sollte. Beim Ecofin-Rat im Jänner dieses Jahres wurde von den teilnehmenden Mitgliedsstaaten vereinbart, dass Österreich die politische Koordination im Rahmen der weiteren Verhandlungen übernehmen soll. Derzeit noch offene Punkte betreffen insbe-

sondere die Frage, welche Derivate besteuert werden sollen und wie das Besteuerungsprinzip aussehen soll. Das BMF unterstützt die Einführung einer FTT auf Basis einer breiten Bemessungsgrundlage.

7.5. Initiativen für ein einfacheres und robusteres MwSt-System

Die EK veröffentlichte Ende Oktober 2014 ein Arbeitspapier, in dem sie Überlegungen zur Gestaltung eines einfacheren, robusteren und weniger betrugsanfälligen Mehrwertsteuersystems auf europäischer Ebene erläuterte. Das Dokument beinhaltet fünf Optionen, die im Rahmen einer Studie für die Gestaltung des künftigen Mehrwertsteuersystems untersucht werden. Eine dieser Optionen ist das Reverse Charge Verfahren (Umkehrung der Steuer-schuld). Ziel ist, dass das künftige Mehrwertsteuersystem den Bedürfnissen der Wirtschaft im Binnenmarkt besser gerecht und weniger betrugsanfällig wird. Die EK plant eine eingehende Bewertung der Optionen vorzunehmen, deren Ergebnisse voraussichtlich Mitte 2015 präsentiert werden. Das BMF begrüßt die Arbeiten an einem einfacheren, robusteren und effizienteren MwSt-System und unterstützt dabei die Einführung eines Reverse Charge Verfahrens, das möglichst „breit“, und wenn möglich, generell auf innerstaatliche und grenzüberschreitende Umsätze, angewendet werden sollte.

8. (Geplante) Tagungen des ECOFIN-Rates 2015

Unter lettischer Präsidentschaft:

27.1.2015 / 17.2.2015 / 10.3.2015 / 24.4.-25.4.2015 (Informeller Ecofin) / 12.5.2015 / 19.6.2015

Beilagen

Arbeitsprogramm der Kommission

Arbeitsprogramm der lettischen Präsidentschaft



Straßburg, den 16.12.2014
COM(2014) 910 final

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

Arbeitsprogramm der Kommission 2015

Ein neuer Start

EINLEITUNG

Diese Kommission war mit dem Versprechen ins Amt gewählt worden, die Dinge anders anzugehen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von der EU entscheidendes Handeln bei den großen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen – hier sind zuvorderst hohe Arbeitslosigkeit, mäßiges Wachstum, hohe Staatsschulden, eine Investitionslücke und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten zu nennen. Und sie erwarten von der EU weniger Einmischung bei Themen, bei denen die Mitgliedstaaten besser in der Lage sind, auf der nationalen oder regionalen Ebene die richtigen Antworten zu finden. Ferner erwarten sie von der EU mehr Transparenz und Rechenschaft im Hinblick auf die Inhalte und Methoden ihrer Tätigkeit.

Die Kommission ist entschlossen, diese Veränderungen in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und dem Rat voranzutreiben und Wirklichkeit werden zu lassen. Deshalb werden wir uns auf die großen Fragen wie Arbeitsplätze und Wachstum konzentrieren, ganz im Sinne der zehn Prioritäten der politischen Leitlinien von Kommissionspräsident Juncker¹. Wir werden keine Vorschläge vorlegen, die nicht zu diesen Prioritäten beitragen. Und wir werden den Grundsatz der politischen Diskontinuität² anwenden und jene Vorschläge zurückziehen, die unseren Zielen nicht entsprechen oder sinnlos erscheinen, da uns daran gelegen ist, dass alle Organe sich auf die wirklich wichtigen Themen konzentrieren.

Auf der Grundlage dieser politischen Selbstverpflichtung ist die Kommission bestrebt, nicht nur in Brüssel, sondern in der gesamten EU Vertrauen wiederherzustellen und den Menschen wieder eine Perspektive zu geben. Die Bürger werden uns an unserem Einsatz und unseren Erfolgen messen und daran, ob sich durch unser Tun in ihrem Alltag etwas verbessert. Im ersten Monat ihrer Amtszeit hat die Kommission ein umfangreiches Beschäftigungs-, Wachstums- und Investitionspaket³ mit einer neuen Investitionsoffensive vorgeschlagen, mit der in den kommenden drei Jahren mehr als 315 Mrd. EUR an zusätzlichen Investitionen in strategischen Bereichen mobilisiert werden sollen. Wir wollen so weitermachen, wie wir begonnen haben.

¹ Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel – Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission (http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg_de.pdf).

² Siehe Ziff. 39 Unterabsatz 2 der Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission : „Die Kommission nimmt zu Beginn der Amtszeit der neuen Kommission eine Überprüfung aller anhängigen Vorschläge vor, um sie politisch zu bestätigen oder zurückzuziehen, und berücksichtigt dabei gebührend die Ansichten des Parlaments.“

³ COM(2014) 903.

Die in diesem Arbeitsprogramm angekündigten Vorschläge wurden von uns deshalb ausgewählt, weil wir überzeugt sind, dass sie etwas für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen bewirken und schon im kommenden Jahr konkreten Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger entfalten können. Was wir in diesem Arbeitsprogramm zusagen, werden wir 2015 liefern. Wir werden in unseren künftigen Arbeitsprogrammen für spätere Jahre weitere Maßnahmen zur Verwirklichung der zehn Prioritäten vorschlagen. Für einige davon werden 2015 die Vorbereitungen anlaufen.

Das aktuelle Geschehen in der EU und das Urteil der Bürger über die EU werden aber im Wesentlichen durch bestehende Rechtsvorschriften und Programme beeinflusst, denen ihre unmittelbare Aufmerksamkeit gilt. Deshalb hat die Senkung der Regulierungslasten bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung eines hohen Sozial-, Gesundheits- und Umweltschutzniveaus und der Wahlfreiheit der Verbraucher für die Kommission Vorrang. Wir werden bestehende Regeln überarbeiten, damit sie zu Arbeitsplätzen und Wachstum beitragen und ohne überflüssige Bürokratie oder Verwaltungslasten den Bürgerinnen und Bürgern den erwarteten Nutzen bringen. Überholte oder nicht mit unseren Prioritäten übereinstimmende Regeln werden wir auf den Prüfstand stellen und verbessern. Überflüssigen Verwaltungsaufwand werden wir beseitigen. Bei sinnvollen und unseren Zielen förderlichen Regeln werden wir aktiv gewährleisten, dass sie ordnungsgemäß angewendet, umgesetzt und durchgesetzt werden, damit die Bürgerinnen und Bürger in den Genuss der mit ihnen verbundenen Vorteile kommen. Und wir werden die anderen uns zur Verfügung stehenden Instrumente für Arbeitsplätze und Wachstum einsetzen, insbesondere den EU-Haushalt, der in erster Linie intelligenten Investitionen in den Mitgliedstaaten und ihren Regionen dienen soll.

Die Politik der Kommission ist auf einen Wandel ausgerichtet, weil es notwendig ist, der EU wieder zu Wachstum zu verhelfen, damit das europäische Sozialmodell und eine saubere Umwelt nachhaltig gesichert werden.

Auch das Europäische Parlament und der Rat sind aufgerufen, ihre Arbeitsmethoden zu ändern. Wir wollen mit ihnen gemeinsame Prioritäten für alle drei Organe festlegen und den Entscheidungsprozess für diese beschleunigen, damit die positiven Auswirkungen unserer Vorschläge rasch beim Bürger ankommen. Wir streben eine enge Partnerschaft mit den Mitgliedstaaten, den nationalen Parlamenten, den Regionen und den Kommunen an, um die Handhabung der bestehenden Instrumente und die Wirksamkeit der Maßnahmen vor Ort zu verbessern – von den Struktur- und Investitionsfonds über die Umwelt- und die Binnenmarktpolitik bis hin zu den Verbraucherrechten.

Das Vertrauen kann nur wiederhergestellt werden, wenn Veränderungen sichtbar⁴ sind und rasch greifen. Mit diesem Arbeitsprogramm – und seiner Durchführung im kommenden Jahr – wollen wir unter Beweis stellen, dass sich dieses Mal wirklich etwas verändert.

⁴ Um den mit der neuen Kommission und diesem Arbeitsprogramm unternommenen Neubeginn zu unterstreichen, wird die Kommission ihre Kommunikationstätigkeit 2015 auf die 10 Prioritäten der politischen

Dieses Arbeitsprogramm enthält zielgerichtete Aktionen, die im Jahr 2015 durchgeführt werden sollen. In ihm wird nicht im Einzelnen dargelegt, was die Kommission in den kommenden vier Jahren ihrer Amtszeit unternehmen wird, auch wenn sicherlich mit vorbereitenden Arbeiten zu Vorhaben wie der Halbzeitüberprüfung des Mehrjahres-Finanzrahmens begonnen wird. Anhang I enthält, gegliedert nach den Prioritäten der politischen Leitlinien, jene neuen Initiativen, auf die sich die Kommission 2015 konzentriert.

Bei der Ausarbeitung dieses Arbeitsprogramms hat die Kommission alle derzeit im Europäischen Parlament und im Rat anhängigen Vorschläge auf den Prüfstand gestellt⁵. Wir betrachten die Anwendung des Grundsatzes der politischen Diskontinuität als einen wichtigen Teil unserer politischen Verantwortung. Es ist an der Zeit, reinen Tisch zu machen, damit die Politik Zeit und Energie in jene Vorschläge investieren kann, die sich am stärksten auf Beschäftigung und Wachstum auswirken und gute Aussichten auf eine baldige Verabschiedung haben.

Wir haben deshalb unterschieden zwischen den Vorschlägen, die wir aufrechterhalten und zur Verabschiedung bringen möchten, jenen, die wir durch Änderungen mit unseren zehn Prioritäten in Übereinstimmung bringen möchten und jenen, die wir zurückziehen möchten. Die Kommission hält die Ziele vieler Vorschläge, die sie zurückziehen will, weiterhin für sehr gerechtfertigt. Aber Vorschläge, die sich auf dem Verhandlungstisch verewigen, von den Ereignissen überholt werden oder im Verlauf der Beratungen so verwässert werden, dass sie ihr ursprüngliches Ziel nicht mehr erreichen können, sind nicht besonders nützlich. In einigen Fällen gedenkt die Kommission deshalb die zurückgezogenen Vorschläge später durch weitergehende zu ersetzen oder sie besser auf ihre zehn Prioritäten zuzuschneiden. In anderen Fällen hat sich die Gesellschaft seit Vorlage des ursprünglichen Kommissionsvorschlags weiterentwickelt. Die Liste der zurückzuziehenden (oder zu ändernden) Vorschläge enthält Anhang II. Die Kommission wird die Stellungnahmen des Europäischen Parlaments und des Rats abwarten, bevor sie die Rücknahmen vornimmt.

Das Arbeitsprogramm spiegelt auch das Engagement der Kommission für eine bessere Rechtsetzung wider. Sie steht im Mittelpunkt des Programms der Kommission zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung, mit dem Bürokratie und Verwaltungslasten abgebaut werden sollen. Die betreffenden Maßnahmen – Änderungen von Rechtsakten, Eignungsprüfungen und Evaluierungen – sind ein Kernbestandteil der Kommissionsarbeit. Sie werden in Anhang III aufgeführt. Vereinfachungsmaßnahmen sind beispielsweise auf dem Gebiet der Gemeinsamen Agrarpolitik vorgesehen. Darüber hinaus

Leitlinien konzentrieren. Siehe Nummer 2.4. von SEC(2013) 486 vom 23. September 2013 „Institutionelle Kommunikation im mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020“.

⁵ Insgesamt sind noch 452 Vorschläge früherer Kommissionskollegien anhängig.

wird es darum gehen, die jüngste Reform des Finanzdienstleistungsrechts, die Gemeinsame Fischereipolitik und die neuen Vorschriften für die europäischen Struktur- und Investitionsfonds 2014-2020 rasch anzuwenden. Dazu sind Koordinierungsarbeiten auf allen Ebenen und unter Einbeziehung aller Beteiligten erforderlich; in unterschiedlichen Politikbereichen gilt es Netze zu bilden, Erfahrungen auszutauschen und bewährte Praktiken weiterzugeben.

Damit Bürger und Unternehmen einen besseren Überblick erhalten, wann welche EU-Vorschriften in Kraft treten, werden in Anhang IV die Rechtsakte aufgelistet, die 2015 anwendbar werden.

1. Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen

Die neue wirtschaftspolitische Philosophie der Kommission fußt auf drei Säulen – Investitionsimpulse, Fortsetzung der Strukturreformen und verantwortungsvolle Haushaltspolitik. In enger Partnerschaft mit der Europäischen Investitionsbank hat die Kommission eine bedeutende Investitionsoffensive⁶ vorgeschlagen, mit der sie Beschäftigung, Wachstum und Investitionen in Europa Auftrieb verleihen will. Zusätzliche finanzielle Mittel für neue Investitionen werden über den neuen Europäischen Fonds für Strategische Investitionen mobilisiert. Mittels einer glaubwürdigen Projektauswahl und eines erweiterten und erleichterten Zugangs zu technischer Hilfe wird gewährleistet, dass diese Mittel auch in der Realwirtschaft ankommen.

Neben dem neuen Fonds soll auch die Nutzung innovativer Finanzierungsinstrumente (beispielsweise Darlehen und Bürgschaften anstelle von Zuschüssen) weiter gefördert werden, um die Wirkung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds im Zeitraum 2014-2020 zu erhöhen. Ziel ist es, die Verwendung dieser Instrumente im neuen Programmzeitraum mindestens zu verdoppeln.

Weitere Maßnahmen werden darauf abzielen, die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern, rechtliche und sonstige Investitionshindernisse zu beseitigen und den Binnenmarkt weiter zu stärken. Die Kommission wird mehrere Vorschläge zur raschen Umsetzung dieses Konzepts vorlegen und auch die geltenden Vorschriften über staatliche Beihilfen prüfen.

Nachdem inzwischen sämtliche Partnerschaftsvereinbarungen für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds genehmigt sind und die noch ausstehenden operationellen Programme kurz vor der Fertigstellung stehen, dürften sich die Investitionen in die Ziele der

⁶ COM(2014) 903.

„Europa 2020“-Strategie⁷ für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum 2015 alsbald bemerkbar machen. Die neue, fest im Europäischen Semester und im Prozess der wirtschaftspolitischen Steuerung verankerte Kohäsionspolitik ist in einigen Mitgliedstaaten zur wichtigsten Quelle öffentlicher Investitionen geworden.

Die Bemühungen um eine Optimierung der Wirkung der EU-Mittel auf Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen mit Hilfe eines geschärften Blicks für einen besseren Einsatz öffentlicher Ausgaben werden im weiteren Verlauf der Amtszeit dieser Kommission auch in die Halbzeitüberprüfung des Mehrjahres-Finanzrahmens und die Vorbereitungen des sich an diesen anschließenden Finanzpakets für die Zeit nach 2020 einfließen.

Die Kommission wird die Handels- und Investitionsstrategie der EU überprüfen und dabei ihr Augenmerk insbesondere auf ihren Beitrag zu Beschäftigung und Wachstum richten. Die Verfestigung der Handels- und Investitionsbeziehungen zu den neuen Wachstumszentren der Welt ist nicht nur für Arbeitsplätze, Wachstum und Produktivitätssteigerung in der EU von vitaler Bedeutung, sondern hat auch wichtige Konsequenzen für unsere Nachbarschafts- und unsere Entwicklungspolitik sowie für die Beteiligung der EU an internationalen Finanzinstitutionen.

Die Mitgliedstaaten stehen vor der schwierigen Herausforderung, mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen und dafür zu sorgen, dass die Arbeitnehmer über die erforderlichen Qualifikationen verfügen, um voranzukommen und in der Arbeitswelt der Zukunft bestehen zu können. Die Kommission wird ein Maßnahmenpaket vorlegen, mit dem die Politik der Mitgliedstaaten zur Integration in den Arbeitsmarkt und zur Qualifikationsförderung unterstützt werden soll.

Gut konzipierte EU-Vorschriften und ihre wirksame Umsetzung können sich erheblich auf Beschäftigung, Wachstum und Innovation auswirken. Öko-Wirtschaft und Öko-Innovation versorgen derzeit ein Drittel des Weltmarktes für grüne Technologien. Dieser Weltmarkt weist ein Volumen von einer Billion Euro auf und dürfte sich bis 2020 verdoppeln. Der überarbeitete Vorschlag zur Kreislaufwirtschaft wird diesen Trend verstärken und damit ebenfalls zum umweltgerechten Wachstum beitragen. Es ist wichtig, dass wir uns in diesem Bereich auf gemeinsame, ausreichend ambitionierte Ziele einigen, gleichzeitig aber den Mitgliedstaaten mehr Handlungsfreiheit bei der Verwirklichung dieser Ziele lassen. So können Vorschläge leichter in konkrete Maßnahmen vor Ort umgesetzt werden.

Die EU verfügt über ein gut entwickeltes Gesetzgebungssystem. Eine erneute Konzentration auf die Umsetzung von Rechtsvorschriften und die Auslotung von Synergien zwischen bestehenden Vorschriften könnte rasch Dividenden abwerfen und neue Chancen für Arbeitsplätze und Wachstum bieten. Neben der Überprüfung bestehender Rechtsvorschriften auf ihre Zweckmäßigkeit wird die Kommission auch bestrebt sein, mit den Mitgliedstaaten

⁷ KOM(2010) 2020 endg.

gemeinsam zu gewährleisten, dass das den bestehenden Rechtsvorschriften innewohnende Wachstumspotential optimal ausgeschöpft wird. Dies wird in vielen Bereichen unserer Tätigkeit an vorderster Stelle stehen – beispielsweise in der Landwirtschaft, der Fischerei, bei den Finanzdienstleistungen, beim Binnenmarkt usw..

2. Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt

Der digitale Binnenmarkt bildet einen wichtigen Hebel zur Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft insgesamt und trägt zu Beschäftigung, Wachstum, Innovation und sozialem Fortschritt bei. Alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft werden digitalisiert. Europa muss in dieser digitalen Revolution vorne mit dabei sein, im Interesse seiner Bürger und Unternehmen. Hindernisse für die digitale Wirtschaft sind Hindernisse für Arbeitsplätze, Wohlstand und Fortschritt.

Die Kommission ist im Begriff, eine Strategie auszuarbeiten, in der die wichtigsten Herausforderungen auf dem Weg zu einem sicheren, vertrauenswürdigen und dynamischen Binnenmarkt dargelegt werden. Die Strategie beruht auf sechs Elementen: Aufbau von Vertrauen, Abbau von Beschränkungen, Gewährleistung von Zugang und Vernetzung, Aufbau der digitalen Wirtschaft, Förderung der „e-Gesellschaft“ und Investitionen in Spitzenforschung und -innovation auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologien.

2015 wird die Kommission im Zuge ihrer Strategie für einen digitalen Binnenmarkt laufende interinstitutionelle Verhandlungen über Vorschläge wie die europäische Datenschutzreform und die Verordnung über einen vernetzten Kontinent zum Abschluss bringen. Sie wird neue legislative und nicht-legislative Initiativen vorlegen, um den digitalen Binnenmarkt so voranzubringen, wie es die gegenwärtigen Herausforderungen verlangen. Geplant sind die Ergänzung des Regulierungsrahmens für den Telekommunikationssektor, die Modernisierung der EU-Gesetzgebung zum Urheberrecht und zu audiovisuellen Mediendienstleistungen, die Vereinfachung der Verbraucherbestimmungen im Online- und digitalen Handel, die Erleichterung des elektronischen Geschäftsverkehrs, die Stärkung der Cyber-Sicherheit und die Verankerung der Digitalisierungsaspekte in anderen Politikbereichen.

3. Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik

Eine verlässliche und finanzierbare Energieversorgung ist für alle Seiten ein vorrangiges Anliegen. Die Kommission wird einen strategischen Rahmen für die Energieunion mit den wichtigsten Maßnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit, zur Verringerung der Abhängigkeit von Einfuhren aus Drittländern, zur weiteren Verflechtung der nationalen Strommärkte, zur besseren Beteiligung der Verbraucher, zur Verbesserung der

Energieeffizienz⁸, zur Verringerung des Kohlenstoffanteils in unserem Energie-Mix und zur Förderung von Forschung und Innovation annehmen.

Die EU ist auch Vorreiter bei den globalen Anstrengungen zur Bekämpfung der Erderwärmung. Die Kommission wird die Vorstellungen und Erwartungen der EU im Vorfeld der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) Ende 2015 in Paris darlegen und die ersten Gesetzgebungsvorschläge zur Umsetzung des Klima- und Energiepakets für 2030 auf den Tisch legen.

Die Arbeiten zur Verbesserung des gesetzlichen Rahmens für sichere intermodale Verkehrsleistungen mit geringeren Treibhausgas-Emissionen werden fortgesetzt.

4. Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis

Der Binnenmarkt ist eine der wichtigsten Trumpfkarten Europas. Sein Potenzial muss intensiver genutzt werden, um Europas Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten zu verbessern und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Kommission wird eine Binnenmarktstrategie mit neuen Konzepten zur Ausschöpfung dieses Potenzials vorlegen.

Der Binnenmarkt bildet auch die Grundlage für Europas industrielle Stärke und Produktionskapazität, die es auszubauen gilt. Wichtige Arbeitsfelder in diesem Zusammenhang werden die Förderung von Investitionen in Infrastruktur sowie in KMU und Unternehmen mit mittlerer Kapitaldeckung, die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen und die Unterstützung der unternehmerischen Innovationstätigkeit, beispielsweise aus Mitteln des Programms „Horizont 2020“, sein. Der Luftverkehr steht vor großen Herausforderungen. Die Kommission wird prüfen, wie die Rahmenbedingungen für diesen Sektor durch eine Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden können.

Ferner geht es der Kommission darum, die Mitgliedstaaten in ihren Bemühungen um eine Senkung der Arbeitslosigkeit durch Strukturreformen, Unterstützung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit zu unterstützen. Sie lotet Möglichkeiten für Investitionen in Wissen und Qualifikationen insbesondere für die schwächsten Gruppen der Erwerbsbevölkerung wie junge oder Langzeitarbeitslose aus. Eine wichtige Rolle wird ferner die Förderung der Arbeitskräftemobilität auch über Staatsgrenzen hinweg spielen, insbesondere in Fällen, in denen Stellen lange unbesetzt bleiben oder ein Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage besteht; dabei soll aber auch das Vorgehen der nationalen Behörden gegen Missbrauch und Leistungsbetrug unterstützt werden.

⁸ Die Kommission prüft eine Anpassung der Richtlinie 2010/30/EU zur Energieverbrauchs-Kennzeichnung, damit sie ihre Ziele mit weniger einschneidenden Maßnahmen erreicht.

Die Vollendung und Umsetzung der umfassenden Neuregulierung der Finanzmärkte infolge der Finanzkrise einschließlich der Umsetzung der neuen Vorschriften über die Beaufsichtigung und Abwicklung von Banken bleiben ein wichtiges Tätigkeitsfeld der Kommission. Der Rechtsrahmen soll durch einen Vorschlag im Bereich Krisenmanagement und Abwicklung von systemrelevanten Finanzdienstleistern, die keine Banken sind, weiter konsolidiert werden. Ferner wird die Kommission in vorbereitenden Arbeiten untersuchen, wie der Finanzdienstleistungs-Binnenmarkt für Endkunden den Verbrauchern mehr Vorteile bringen kann.

Die Kommission wird einen Aktionsplan für eine Kapitalmarktunion vorlegen, in dem die Möglichkeiten ausgelotet werden, die Fragmentierung der Finanzmärkte abzubauen, die Finanzierung der Wirtschaft insgesamt zu diversifizieren, der Zugang von KMU zu Finanzierung zu verbessern und den Kapitalfluss über Grenzen hinweg zu erleichtern, damit Kapital grenzüberschreitend so produktiv wie möglich eingesetzt werden kann. Kurzfristig wird sie eine Rahmenregelung für eine hochwertige Verbriefung von Vermögenswerten und Vorschriften zur Verbesserung der EU-weiten Versorgung von KMU mit standardisierten Kreditinformationen vorschlagen, prüfen, wie erfolgreiche Privatplatzierungen ausgeweitet werden können und die Prospektrichtlinie überarbeiten, um die Verwaltungslasten für KMU zu senken.

5. Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion

Die Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion muss weiter gefestigt werden, damit der Euro das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger behält, Markturbulenzen widersteht und die Voraussetzungen für stabile Arbeitsplätze und nachhaltiges Wachstum schafft. Nach einer Überprüfung der Regeln für die wirtschaftspolitische Steuerung und Maßnahmen zur Vereinfachung und Straffung des Europäischen Semesters arbeitet die Kommission jetzt an einer Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion und entwickelt dazu Vorschläge für weitere Schritte in Richtung auf eine gemeinsame Ausübung von Souveränität in der Wirtschaftspolitik. Damit einhergehen Maßnahmen zur Wiederbelebung des sozialen Dialogs auf allen Ebenen.

Während die Kommission die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für ihre Steuersysteme anerkennt, möchte sie, dem Appell unserer Gesellschaften nach mehr Fairness und Transparenz im Steuerwesen folgend, den Kampf gegen Steuerumgehung und Steuerbetrug verstärken. Ausgehend von den Arbeiten zu Gewinnkürzung und -verlagerung auf der Ebene der OECD und der G20 wird die Kommission einen Aktionsplan vorlegen, der auch Maßnahmen auf der EU-Ebene vorsieht, um zu einem Steuerrecht zu gelangen, bei dem Gewinne dort besteuert werden, wo die erwirtschaftet wurden. Das gilt auch für die digitale Wirtschaft, weshalb auch eine Einigung über eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage erforderlich ist. Deshalb wird sie rasch einen Vorschlag zum automatischen Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden in grenzüberschreitenden Steuersachen vorlegen. Die Kommission wird ferner eng mit den anderen Organen zusammenarbeiten, um die Verabschiedung einer Finanztransaktionssteuer und verschärfter Vorschriften gegen Geldwäsche zu erleichtern. Auch auf dem Feld der

Mehrwertsteuer werden die Arbeiten u. a. zu den Maßnahmen zur Schließung der Steuerlücke fortgeführt.

6. Ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten

Der Handel leistet einen wichtigen Beitrag zu Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum. Neben dem Abkommen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den Vereinigten Staaten führt die Kommission eine Reihe weiterer bilateraler Verhandlungen und setzt sich engagiert für multilaterale Fortschritte im Rahmen der WTO ein. Sie hat bereits Schritte unternommen, um die TTIP-Verhandlungen transparenter zu machen⁹, und wird weiter auf ein vernünftiges und ausgewogenes Abkommen hinarbeiten, wobei sie die Gesundheits-, Sozial-, Umwelt- und Datenschutzstandards sowie die kulturelle Vielfalt Europas wahren wird.

7. Auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte

Die Menschen erwarten von der EU Gerechtigkeit, Schutz, Fairness, Rechtsstaatlichkeit und ein entschlossenes Vorgehen gegen jegliche Form der Diskriminierung. Die Kommission wird den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention im Lichte der anstehenden Orientierungen durch den Gerichtshof weiterverfolgen, die Bemühungen um eine bessere Bekämpfung von grenzübergreifender Kriminalität und Terrorismus sowie um eine vertiefte justizielle Zusammenarbeit zum Wohle der Menschen in der gesamten EU fortsetzen und den EU-Haushalt weiter vor Betrug schützen, u. a. durch eine Fortsetzung der Bemühungen um die Einrichtung einer unabhängigen europäischen Staatsanwaltschaft.

Die Europäische Kommission setzt sich für die Chancengleichheit von Menschen mit Behinderungen im Einklang mit dem VN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ein. Zu diesen Rechten zählen der Zugang zur physischen Umgebung, zu Verkehrsmitteln, zur Informations- und Kommunikationstechnik und zu anderen Einrichtungen/Dienstleistungen.

Sie ist gewillt, die Gleichbehandlung von Mann und Frau und die Erwerbstätigkeit von Frauen zu fördern. Ihren Vorschlag zum Mutterschaftsurlaub aus dem Jahr 2008 wird die Kommission binnen sechs Monaten zurückziehen, wenn es nicht möglich ist, die Verhandlungsblockade zu lösen. Dieser Schritt dürfte den Weg freimachen für einen der heutigen gesellschaftlichen Wirklichkeit gerecht werdenden neuen, breiteren Ansatz, bei dem auch die einschlägigen Fortschritte auf der Ebene der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden.

Ferner wird die Kommission eine europäische Sicherheitsagenda vorlegen, um Bedrohungen der inneren Sicherheit der EU durch grenzübergreifende Kriminalität, Cyberkriminalität,

⁹ C(2014)9052

Terrorismus, ausländische Kämpfer und Radikalismus zu begegnen; die EU muss ihre Bürgerinnen und Bürger schützen, aber der Welt gegenüber offen bleiben.

8. Hin zu einer neuen Migrationspolitik

Angesichts des wachsenden Drucks an unseren Außengrenzen entwickelt die Kommission eine europäische Migrationsagenda, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einem faireren und verantwortungsvolleren Umgang mit legaler Migration, der die EU für talentierte und qualifizierte Arbeitskräfte attraktiver macht, einerseits und entschlossenen Maßnahmen gegen illegale Migration und Menschenhandel und -schmuggel andererseits herzustellen. Die Verbesserung unseres Migrationsmanagements ist gleichbedeutend mit der Verknüpfung unserer Migrations- mit unserer Außenpolitik, der Intensivierung der Zusammenarbeit nach innen und nach außen, einem Schutzangebot für Menschen in Not auf der Grundlage von Verantwortung und Solidarität und der Verhinderung von tragischen Ereignissen, wie sie sich wiederholt im Mittelmeer abgespielt haben.

9. Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne

Die jüngsten Ereignisse haben geopolitische Herausforderungen nicht zuletzt an den östlichen und südlichen Grenzen der EU auf der Tagesordnung nach oben rücken lassen. Die EU benötigt eine wirkungsvolle gemeinsame Außenpolitik mit besseren Mechanismen, um Ereignisse zu antizipieren, rasch gemeinsame Antworten auf gemeinsame Herausforderungen zu finden und Chancen zu ergreifen, die wir nur gemeinsam voll nutzen können. Europa muss in Sicherheits- und Verteidigungsfragen zusammenarbeiten und seine strategischen Partnerschaften weiterentwickeln. Die kohärente und besser verflochtene Nutzung aller der Union zur Verfügung stehenden Instrumente einschließlich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der systematischen Projektion innenpolitischen Handelns nach außen ist für eine Vorantreibung der politischen Ziele der EU weltweit unverzichtbar.

Die Kommission wird die Förderung von Stabilität an den Außengrenzen Europas zu ihrer Priorität machen. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, Nachbarländer bei demokratischen Reformen und Wirtschaftsreformen, der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, der Konsolidierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik, der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, dem Aufbau institutioneller Kapazitäten und einer funktionierenden Staatsverwaltung sowie ihrem Streben nach mehr Wohlstand zu unterstützen. Die Kommission wird die europäische Nachbarschaftspolitik überprüfen und Vorschläge ausarbeiten. Wie in den politischen Leitlinien dargelegt, werden die laufenden Erweiterungsverhandlungen fortgesetzt. Insbesondere für die Länder des westlichen Balkans muss die europäische Perspektive erhalten bleiben, aber es wird in den kommenden fünf Jahren keine Erweiterung der EU geben.

Die EU kann eine beachtliche Bilanz in der internationalen Zusammenarbeit und der Entwicklungshilfe in vielen Erdteilen vorweisen. Dazu zählt die Förderung der Menschenrechte bei allen unseren außenpolitischen Maßnahmen, das Vorgehen gegen Ungleichheiten und das Eintreten für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Unsere

Entwicklungspolitik muss aber auch stetig an den sich weiterentwickelnden Bedarf der Partnerländer angepasst werden, damit wir unsere Zusagen erfüllen können. Auch 2015, im Europäischen Jahr der Entwicklung, wird die Kommission ihre Arbeit an den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung nach 2015 fortsetzen und eine Reflexion über die Beziehungen zu den Entwicklungsländern in der Nach-Cotonou-Ära einleiten. Ferner werden wir an der Bekämpfung des Ebola-Virus mitwirken. Schließlich werden wir weiter bestrebt sein, die Wirksamkeit unserer humanitären Hilfe zu optimieren und unsere Krisenreaktionsfähigkeit auszubauen.

10. Eine Union des demokratischen Wandels

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von der EU Verbesserungen im Hinblick auf Inhalte und Methoden ihrer Tätigkeit. Wir wollen, dass die Kommission so transparent wie möglich arbeitet, und werden mit den anderen Organen zusammenarbeiten, um die Rechenschaft und die Verfolgbarkeit des Handelns der EU zu verbessern. Die Kommission hat neue Regeln erlassen, um die vollständige Transparenz der Kontakte zwischen ihren Mitgliedern und Verbänden oder Selbständigen zu gewährleisten¹⁰, und wird einen Vorschlag für eine interinstitutionelle Vereinbarung über ein verbindliches Transparenzregister vorlegen, damit alle EU-Organe offen zu erkennen geben, wer den politischen Willensbildungsprozess beeinflusst.

Wie in den politischen Leitlinien angekündigt, wird die Kommission das Genehmigungsverfahren für genetisch modifizierte Organismen (GMO) überprüfen, um den Sorgen von Bürgern und Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen, was die momentane rechtliche Verpflichtung der Kommission zur Genehmigung solcher Organismen anbelangt, auch wenn sich eine klare Mehrheit von Mitgliedstaaten gegen den Vorschlag ausspricht.

Die Kommission wird ihr Instrumentarium für eine bessere Rechtsetzung (insbesondere die Evaluierungen, die Folgenabschätzungen und die öffentlichen Konsultationen) verbessern und einen weiteren Katalog neuer Maßnahmen im Rahmen ihres regulatorischen Eignungs- und Leistungsprogramms erarbeiten. Alle Organe müssen sich den Grundsatz der besseren Rechtsetzung zu eigen machen, wenn wir den Gesetzgebungsprozess auf der EU-Ebene effizienter gestalten wollen. Daher wird die Kommission eine neue interinstitutionelle Vereinbarung über eine bessere Rechtsetzung vorschlagen. Alle drei Organe müssen besser zusammenarbeiten, um ihren Prioritäten im Hinblick auf Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen Taten folgen zu lassen. Die Kommission wird sich an das Europäische Parlament und den Rat wenden, um die gemeinsame Arbeitsplanung zu verbessern und die Verantwortung für die politischen Prioritäten gemeinsam zu schultern, damit die Agenda der EU so effizient wie möglich vorangebracht werden kann, ohne dass die vertraglich festgelegte Rolle und Zuständigkeit der einzelnen Organe beeinträchtigt wird.

¹⁰ C(2014)9051

Nach der Annahme des Arbeitsprogramms für 2015 möchte die Kommission gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und dem Rat eine Liste jener vorrangigen Vorschläge erstellen, bei denen sich die Organe zu raschem Handeln und einer schnellen endgültigen Annahme verpflichten; einbezogen werden sollten hier insbesondere die Vorschläge, die unmittelbar mit der Investitionsoffensive zusammenhängen. Gemeinsam können wir dieses Mal tatsächlich einen Wandel herbeiführen.



The programme of the Latvian Presidency of the Council of the European Union

1 January–30 June 2015

1. Inspiring Europe: Strategic section and presidency priorities

A Europe for its People	3
a. Competitive Europe	4
b. Digital Europe	4
c. Engaged Europe	5

2. Integrating Europe: The programme for Council configurations

a. General Affairs	7
b. Foreign Affairs	10
c. Economic and Financial Affairs	13
d. Justice and Home Affairs	17
e. Employment, Social Policy, Health and Consumer Affairs	19
f. Competitiveness	22
g. Transport, Telecommunications and Energy	26
h. Agriculture and Fisheries	30
i. Environment	32
j. Education, Youth, Culture, Sport	34

STRATEGIC FRAMEWORK AND PRESIDENCY PRIORITIES

A EUROPE FOR ITS PEOPLE

In the first half of 2015 Latvia will assume the Presidency of the Council of the European Union. It is a time when the European Union continues to face both long-term and immediate challenges to meet the needs of its citizens. The European Union must work for the best interests of its people, to promote their **well-being and safety**.

It is our collective task to develop a Union built on the shared **values** of peace, freedom, democracy, human rights, the rule of law, and solidarity. Europe must be a source of inspiration not only for Europeans, but also for societies outside the EU. Latvia's commitment to strengthening the EU, its institutions and its policies is rooted in these common values, the preservation of European identity, and an acknowledgement of the EU's shared future. Latvia is determined to preside over the work of the Council professionally and honestly. Because only through a collective effort and by combining resources can Europe live up to the opportunities and challenges of the modern world.

The EU has undergone changes throughout its history, becoming ever stronger and more prosperous, providing its citizens and businesses with a **secure, predictable and just** political and economic environment. Today Europe has to act wisely to return to economic **growth**, facilitate **investment and deliver on jobs**. The EU must seize digital opportunities, promote sustainable energy and environmental policies, and strengthen the Single Market and industrial sector. Finally, Europe should work to ensure the safety of its citizens and to contribute to peace and prosperity within and beyond the EU's borders.

Therefore, as the holder of the Presidency Latvia will ensure that the Council does its part to facilitate achieving the ambitions set out in the June 2014 European Council *Strategic Agenda for the Union in Times of Change*. With respect to the Trio presidency programme, the Latvian Presidency will focus on three overarching priorities: Competitive Europe, Digital Europe and Engaged Europe.

1. Inspiring Europe: STRATEGIC FRAMEWORK AND PRESIDENCY PRIORITIES

A. COMPETITIVE EUROPE

Europe needs to enhance its entrepreneurial capacity by promoting investment in new and competitive products and services. Only by developing competitive industry and service sectors can Europe facilitate job creation, and thus also promote social cohesion. Based on Latvia's own experience we know that this is possible through efficient structural reforms and growth-stimulating investment measures. Hence, Latvia commits to fast-tracking procedures in the Council on the **Investment plan for Europe**, aimed at unlocking public and private investments in the real economy. The Presidency will also continue work on the reduction of administrative obstacles and the continued development of the Single Market in order to enhance entrepreneurial activity. This will allow Europe to truly benefit from the multiplication effect of investment.

The Presidency is fully committed to facilitating the well-coordinated and efficient conduct of the **European Semester** based on the goals of the renewed **Europe 2020 Strategy**, and will work to ensure that the Council plays its role in the multilateral process. The Presidency welcomes the Commission's ideas for a more streamlined European Semester process to secure the proper involvement of all Member States, national parliaments and stakeholders, in the discussions on Country Specific Recommendations.

The Presidency will prioritise work on strengthening the **Single Market** through progress on the remaining Single Market Act II proposals while maintaining and promoting the four freedoms. The Presidency intends to launch discussions on the expected Internal Market Strategy for goods and services,

therefore contributing to enhancing the competitiveness of industry and related service sectors. The Presidency's guiding principle will be **Better Regulation** and the wider use of competitiveness proofing. More efficient and targeted regulation means focusing human and financial resources towards the main objectives – growth, jobs and competitiveness.

The need to establish an **Energy Union** has been evident for many years, and the EU must make this vision a reality. There needs to be an energy policy built on solidarity, trust and security. The EU would benefit from a better integrated energy infrastructure grid and improved governance, in particular, better exploiting regional governance across the European Union. The EU also needs solid Energy diplomacy with external suppliers, increased use of renewables, and the implementation of energy efficiency measures.

B. DIGITAL EUROPE

Rapidly growing information technologies are providing unprecedented opportunities that have the potential to boost smart, sustainable and inclusive growth for the EU. They also present challenges that need to be addressed in order to properly seize these opportunities. By trading goods and services online Europe can also benefit economically, including through job creation. The Presidency's priority is the development of a true digital Europe via devoting attention to building trust in the Digital Single Market, digitalisation of the public sector, and increasing safety and security in the digital environment. Streamlined and enhanced use of the EU's digital capacities must continue. The Presidency will seek to conclude negotiations and reach an agreement on legislative proposals currently under discussion.

STRATEGIC FRAMEWORK AND PRESIDENCY PRIORITIES

The Presidency will focus on building a stronger and more coherent **data protection** framework. Seeking agreement on the General Data Protection Regulation and Directive will be a priority. Safety in its widest sense will also be enhanced with the implementation of the EU Cyber Security Strategy and by finalising negotiations on the Network and Information Security Directive (NIS).

The Presidency is looking forward to the timely publication of the **Digital Single Market Strategy** and will devote particular attention to it by holding proper discussions in the Council, as well as informal events. The elimination of online borders and swift introduction of more favourable conditions for online services, such as payments and data management, will in turn spur cross-border digital trade.

The Presidency will also seek an overall compromise on the **Telecommunications market package**. The guiding principle will be to find a balance between high-quality services and a reasonable cost for consumers.

In order to advance the digitalisation of Europe, the EU must become **digital by default**. The Presidency will highlight discussions on digital skills and the next steps regarding the promotion of eGovernment. Attention will be also devoted to aspects of interoperability, web accessibility and the digital transformation of the public sector in order to make it efficient and innovative.

C. ENGAGED EUROPE

The European Union has the responsibility to assume a full and active role on the global stage. With conflict on EU's doorstep, the situation in our neighbourhood is as challenging as ever. Therefore, as Presidency, Latvia will fully support

the efforts of the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy and the European External Action Service (EEAS).

The **European Neighbourhood Policy** (ENP), with its Eastern and Southern dimensions, is a policy of continuous engagement and is a priority of the EU's external relations. The ENP should be strengthened through a comprehensive forthcoming review process. During the Riga Eastern Partnership Summit, a strong signal reaffirming long-term EU strategic support for the ENP should be sent. The review process should allow the EU to develop more flexible and inclusive approaches to all its partner countries based on differentiation and an emphasis on joint ownership.

The EU's external engagement also includes a commitment towards strengthening the **transatlantic partnership**, notably by making all efforts to conclude negotiations on an ambitious, comprehensive and mutually beneficial Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) agreement by the end of 2015, and enhancing relations towards other strategic partners. The Presidency looks forward to the conclusion of the EU-Canada Comprehensive Economic and Trade Agreement, and the advancement of the EU-Japan Free Trade Agreement negotiations, as well as proceeding with the implementation of Deep and Comprehensive Free Trade Agreements (DCFTAs) with Georgia, Moldova, and Ukraine.

Latvia also looks forward to the review of the **EU-Central Asia Strategy**. EU engagement with the region can be enhanced by discussions on security, border management, energy supply, and educational exchange, while keeping civil society interests and human rights on the table.

1. Inspiring Europe: STRATEGIC FRAMEWORK AND PRESIDENCY PRIORITIES

The year 2015 offers a unique opportunity for the EU and its Member States to promote an ambitious, transformative and inclusive post-2015 development agenda. The EU is now entering a new intergovernmental negotiations phase on a follow-up of **Sustainable Development Goals and financing for development**. Gender equality and women's empowerment will be highlighted as a thematic issue for development cooperation.

The Presidency will remain committed to an EU enlargement policy that continues to contribute to the mutual benefits of peace, democracy, security and prosperity in Europe. Citizens expect improvements in what the EU is doing. To meet their expectations, the Presidency is fully committed to strengthening the decision-making process within the EU and to improving inter-institutional cooperation within the existing treaties.

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

A. General Affairs

The EU has multiple challenges in reacting to current domestic political, economic and international developments. An economic recovery should go hand in hand with increased competitiveness and more jobs in the whole EU. To this end it will be of utmost importance to start implementing cohesion policy instruments in 2015 as the main drivers for investment and for strengthening economic, social and territorial cohesion in Europe. The European Semester, the Europe 2020 Strategy, and macro-regional strategies are important tools in the post-crisis economic revival. The Presidency will ensure that the EU enlargement policy continues to contribute to political stability and economic prosperity in Europe. The Presidency will work to ensure cybersecurity for maintaining safe and open information networks that allow for a thriving digital environment in Europe.

The Presidency is committed to making every effort to take a path towards boosting jobs and growth and remain ambitious in achieving the **Europe 2020 Strategy** targets. There is a clear need to bridge the implementation gap and this will require efforts from everyone involved. The **European Semester** will have its fifth cycle during the Latvian Presidency. It has proven its importance in enhancing economic and fiscal policy coordination in the EU. The Presidency has presented a roadmap that covers both the European Semester and the Europe 2020 mid-term review. Hence, the Presidency will act to facilitate the well-organised conduct of the European Semester and make sure the Council plays its role in the multilateral process. Achieving the targets of the Europe 2020 Strategy – which aim to build a smart, sustainable, and inclusive economy – and consolidating policies is essential to overcome the economic and financial crisis and boost the Union's growth, to strengthen the Union's capacity to deliver more jobs and to seize digital opportunities, to safeguard fundamental rights, and to fully play its role in a rapidly changing world. To this end the Presidency will continue working towards a review of the strategy that is to be decided by the European Council in March on the basis of proposals made by the Commission, which are expected early in 2015.

Recognising the importance of the **cohesion policy** in reducing social and economic disparities and contributing to growth and employment, it will be one of Presidency's priorities to ensure that all the preconditions are there to pave the way for the smooth start of new operational programmes. The Presidency will also have follow up discussions and stock-taking on the latest outcomes of programming for 2014-2020. The mid-term review of the European Union's **Territorial Agenda 2020** will serve as the framework for the agenda in the area of territorial policy. The Presidency will pay particular attention to strengthening the role of small- and medium-sized urban areas in the framework of an EU Urban Agenda. The debate will be organised on the basis of an integrated approach to addressing specific challenges and actions in order to progress towards the objectives set by the Europe 2020 Strategy.

Recognising the added value that **macro-regional strategies** can provide, the Presidency is committed to continuing work on the macro-regional strategy initiatives. The VI Annual Forum of the EU Strategy for the Baltic Sea Region will be held in Jūrmala in Latvia in June 2015, with an emphasis on

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

digital interconnectivity, culture, health, spatial planning, and energy efficiency in the Baltic Sea region. Implementation of the EU Strategy for the Danube Region and the EU Strategy for the Adriatic and Ionian Region will also be followed, while a proposal from the European Commission on EU Strategy for the Alpine Region is expected by June 2015.

The EU's **institutional** transition was successfully completed in 2014. The new legislative cycle is being implemented. Now the Presidency will work actively to promote constructive cooperation between the institutions within the existing treaty framework. The Presidency, in close cooperation with the new High Representative and the European External Action Service (EEAS), will closely follow the implementation of reforms that have been identified within the EEAS review process. The Presidency will also continue work towards completing the process of the EU's accession to the European Convention for the Protection of Human Rights, as well as do its utmost to advance the Reform of the General Court of the European Union, aimed at speeding up court proceedings and reducing the backlog of pending cases.

While noting the strategic importance of the **enlargement** policy in promoting political stability and economic prosperity in Europe, the Presidency is committed to moving forward with the ongoing accession negotiations with Montenegro, Serbia, and Turkey with a view to achieving further sustained progress. The Presidency will pursue an enlargement policy that is based on principle of conditionality and the countries' own merits in meeting the set criteria. This principle will also guide the Presidency's work in advancing the European perspective of other Western

Balkan countries according to the respective stages of their integration, with European Union membership as the ultimate goal.

The Presidency will work on strengthening relations with the **European Economic Area (EEA)/ European Free Trade Association (EFTA) countries** in areas of common interest, and in ensuring the homogeneity of the internal market. Discussions will proceed on the future financial contributions of Norway, Iceland, and Lichtenstein, which are aimed at reducing social and economic disparities in the European Economic Area. In close cooperation with the EEAS, particular attention will be given to EU-Switzerland relations. Furthermore, discussions on EU relations with Andorra, Monaco and San Marino will advance, notably on negotiations over one or several Association agreements.

Cybersecurity is critical for maintaining safe and open information networks that allow for a thriving digital environment in Europe. The lack of sufficient and integrated efforts to protect data, information and networks undermines trust in online activities, hinders the evolution of the Digital Single Market, and increases threats to critical infrastructure. Common efforts to combat cybercrime and preserve the privacy of citizens should be reinforced by individual responsibility in building a safe and secure cyberspace. The Presidency will seek to strengthen European cross-border cooperation to protect the public and private sectors from intrusion and fraud by pursuing the goals of the EU Strategy on Cybersecurity.

While recognising the importance of **radiation protection and nuclear safety**, the Presidency will support initiatives and actions towards strengthening these

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

measures at an international and European level. The Presidency will dedicate efforts to the elaboration of the EU position for the Diplomatic Conference of the Convention on Nuclear Safety, and the 5th Review Meeting of the Joint Convention on the Safety of

Spent Fuel Management, and on the Safety of Radioactive Waste Management. Lessons learned from the Fukushima nuclear accident and the findings of the stress tests performed on European nuclear power plants will be taken into account in this work.

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

B. Foreign Affairs

The Presidency will fully support the High Representative in her role as President of the Foreign Affairs Council and in her function of conducting the Common Foreign and Security Policy and coordinating the EU's external action. The Presidency will continue to support all efforts to further strengthen cooperation between the EU and its strategic partners, particularly the United States and other like-minded countries, both in trade and security matters. It will contribute in particular to enhancing EU cooperation with the Eastern Partnership and Central Asian countries, and will work on the post-2015 sustainable development agenda.

The **European Neighbourhood Policy** will remain a key EU policy when it comes to framing its relationship with neighbouring countries. Ongoing conflicts and instability in the broader neighbourhood are a cause for great concern. More than ever before the 'neighbourhood' countries need EU attention and support. Latvia will support the High Representative in the efforts of the EU and its member states to enhance the effectiveness of the EU policy in addressing political and security challenges in the Eastern and Southern neighbourhood. Latvia will support a comprehensive review of the ENP which should enable the ENP to be more effective, putting an increased emphasis on differentiation in approaching the partner countries.

In close cooperation with its partners, Latvia will continue to contribute to the strengthening of the **Eastern Partnership** as an inclusive platform and to promoting a more individual and differentiated approach in cooperation with each of the Eastern Partnership countries in accordance with their own ambitions. As appropriate, ties will be strengthened by ensuring closer political association, economic integration, enhanced trade, improved mobility, people-to-people contacts, better education, and engagement with civil societies. In cooperation with the President of the European Council and other EU institutions, Latvia will host the 4th Eastern

Partnership Summit in Riga on 21–22 May 2015. The summit will provide an opportunity to review the progress that has been achieved since the Vilnius Summit and set the way ahead for the partnership. Latvia will support the EEAS in further developing the relationship with the Southern Neighbourhood region, thereby contributing to the stability and security of the region based on the principles of democracy, human rights, freedom of speech, and the rule of law.

Latvia will also support the High Representative's efforts in strengthening EU engagement in **Central Asia**, as it sees a need to increase EU visibility in the region. Latvia will contribute to all plans to help to further promote the EU-Central Asia dialogue and cooperation in those areas that are of high importance: energy, transport, sustainable development, the rule of law, and education. In this regard the revision of the EU-Central Asia Strategy in early 2015 will be of the utmost importance. The scaling-down of the international security presence in Afghanistan in 2015 also requires greater EU attention towards Central Asia in meeting common challenges such as terrorism, border security and drug trafficking. The implementation of regional cooperation programmes (the Border Management Programme in Central Asia and also the Central Asia Drug Action Programme) will be crucial in this respect.

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

Latvia will support efforts to increase the effectiveness and visibility of the **Common Security and Defence Policy** (CSDP). Tackling global factors that directly or indirectly affect international peace and security and the stability of states has become an even more pressing priority. Latvia will contribute to the preparations for the European Council of June 2015 and will underline the importance of continued progress on security and defence issues. In this regard, Latvia deems it important to move forward the work towards better, more efficient civilian and military capabilities, including the EU Battlegroups, and better civil-military cooperation in addressing the Union's maritime security risks and threats, and will also support enhanced civil-military cooperation when it comes to improving cyber defence awareness and protection. Latvia will also draw attention to the challenges faced by and opportunities that are open to the European defence industry.

Latvia will highlight the crucial nature of cooperation with partners and organisations, particularly the North Atlantic Treaty Organization (NATO), the United Nations and the United States (US). Close cooperation with NATO in areas such as capability development, military rapid response, and training and exercises in a way that is both coordinated and complementary requires particular attention. Latvia will emphasise the strengthening of the partnership and promote cooperation on emerging security challenges between the EU and the US. Latvia will also call attention to the dialogue and cooperation with the Eastern Partners in the context of the CSDP.

Regarding external aspects of **counter-terrorism**, the Presidency will particularly engage in addressing the issues of foreign

fighters, the financing of terrorism, radicalisation, and recruitment for terrorism.

Open and fair **external trade** is a key instrument when it comes to stimulating economic growth, competitiveness and employment. Greater market openness, as well as increasing trade and investment flows, are all essential for promoting growth and economic recovery across the whole of the EU, in line with the needs of industrial and other EU policies. In full support of a strong, rules-based multilateral trading system, the Presidency will contribute to achieving further progress on the World Trade Organisation's (WTO) multilateral negotiations. In order to strengthen the multilateral trading system, the Presidency will provide continuous support to make progress on the Doha Development Agenda (DDA). It will pursue a swift implementation of the Trade Facilitation Agreement and other Bali decisions, as well as promote discussions on post-Bali deliverables. In order to widen the multilateral trading system, the Presidency will encourage the ongoing WTO accession negotiations, including but not limited to Algeria, Azerbaijan, Bosnia and Herzegovina, Kazakhstan, and Serbia. It will support the preparations for the upcoming WTO Ministerial Conference (MC10) in 2015. In addition to the WTO's multilateral negotiations, the Presidency favours the conclusion of the Trade in Services Agreement (TiSA), the Environmental Goods Agreement, and the finalisation of the Ministerial Declaration on Information Technology Agreement (ITA).

The Presidency will continue to support the ongoing work on bilateral trade agreements that have the potential to further open external markets and provide new opportunities for European businesses. Latvia considers TTIP and Free Trade Agreement negotiations with

THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

Japan and Vietnam as the top priorities for its Presidency in the area of the EU's bilateral trade. It will also be important to proceed with the implementation of Deep and Comprehensive Free Trade Agreements (DCFTAs) with Georgia, Moldova, and Ukraine, and to support the necessary procedures regarding approval of the Comprehensive Economic and Trade Agreement with Canada (CETA) and the Bilateral Trade Agreement with Singapore. The Presidency will continue to monitor the efficient implementation of the EU Generalised Scheme of Preferences (GSP), in particular with regard to the GSP+. The Presidency considers that EU trade policy should continue to ensure the enforcement of the EU's rights under existing rules and promote enhanced access to world markets. Therefore, as regards legislative initiatives, the Presidency will work for the benefit of all EU stakeholders.

The year 2015 will be crucial when it comes to arriving at a universal post-2015 agenda for sustainable **development** and the eradication of poverty. The Presidency will work to advance a comprehensive EU contribution to the international negotiations that will lead up to the UN Summit in September 2015, facilitating the adoption of a new framework, including a set of globally-applicable Sustainable Development Goals (SDGs) which will succeed the Millennium Development Goals (MDGs). The Presidency sees gender equality and women's empowerment, good governance, the rule of law, human rights,

and inclusive, sustainable growth to be of particular importance, including in relation to the European Year for Development 2015 (EYD 2015). The Presidency will also contribute to preparations that lead to a united EU position for the Third International Conference on Financing for Development in July 2015. The Partnership Agreement between **the group of African, Caribbean and Pacific countries (ACP)** and the EU also is due to expire in 2020. Therefore, the Presidency will work with the EEAS and the Commission to advance EU reflection on future relations with the ACP countries against the background of the EU's role as a global player.

Together with the EEAS and the Commission, the Presidency will closely monitor ongoing and emerging humanitarian crises that have been caused by natural and man-made disasters, as well as disease outbreaks, of which addressing the Ebola epidemic will be of paramount importance. The Presidency will help to further improve the efficiency and effectiveness of **EU humanitarian aid** and to advance EU humanitarian advocacy vis-à-vis third countries and international organisations. The Presidency will support the necessary follow-up for preparations for the 2016 World Humanitarian Summit. It will seek to follow up on the implementation of the European Consensus on Humanitarian Aid, the EU resilience agenda, as well as the EU comprehensive approach to external conflict and crises.

THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

C. Economic and Financial Affairs

The Presidency is committed to working towards promoting economic recovery, investment and growth enhancing initiatives, therefore it will spare no effort to facilitate the implementation of December 2014 European Council decisions on an Investment Plan for Europe, including the adoption of respective legislative acts. As macroeconomic stability is a precondition for attracting investment and achieving growth, the emphasis on the implementation of structural reforms and sound fiscal policies will guide Economic and Financial Affairs Council work during the Presidency. Furthermore, the Presidency will continue discussions and foster follow-up on the Economic Governance Review. While the Presidency welcomes the Commission's proposals to improve the European Semester, the Presidency will endeavour to implement the current cycle effectively. Following the guidance from the December 2014 European Council, the Presidency is looking forward to proposals on deepening the Economic and Monetary Union (EMU). The Presidency will also continue the work on financial sector regulation and on tackling tax fraud and evasion.

Following the initiative of the President of the European Commission to mobilise up to 315 billion euros of additional financing for the European economy and the task given by the December European Council, the Presidency is looking forward to the timely publication of the legislative proposal by the Commission on setting up a European Fund for Strategic Investment. The Presidency stands ready to launch and take forward the discussions on the proposal, with the aim to reach an agreement by June 2015. In order to ensure more comprehensive discussions on investment in the Council, a regular exchange of views on the broader aspects of the **Investment plan for Europe** will be held at a political level.

The Presidency will implement the streamlined **European Semester**. It has proven its importance in terms of enhancing economic and fiscal policy coordination in the EU and stimulating structural reforms. The Presidency will take stock of the implementation of the economic and fiscal policy framework and intends to enhance the policy debate through the facilitation of horizontal discussions on key structural reforms, challenges in their implementation, and best practices. Subject

to the Commission's proposal, the Presidency will ensure the renewal of the Broad Economic Policy Guidelines.

Regarding **Economic and fiscal governance legislation**, the 'Six-Pack' and 'Two-Pack' entered into force on 13 December 2011 and 30 May 2013, respectively. The new framework has helped to better address the problems of high debt and deficit in Member States, as well as foster a structural reform agenda. After the publication of the Economic governance review by the Commission and the first exchange of views among Member States thereafter, the Presidency will ensure the continuation of thorough political discussions with the view to adopt Council conclusions. Following the proposals from the European Commission, the Presidency will also ensure the implementation of the **Stability and Growth Pact** and the **Macroeconomic Imbalances Procedure**. Recognising the importance of stronger **economic governance within the Economic and Monetary Union**, the Presidency will support the ongoing work on better economic governance in the euro area, ensuring appropriate follow-up to the issue at the Council level.

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

Anticipating the submission of a contribution from the Commission towards the **Capital Market Union** later in the year, the Presidency is ready to ensure a broad exchange of views on the issue. The Presidency will continue the work that is taking place on the financial sector regulatory reform in order to improve the resilience, transparency and supervision of the financial sector. The proper and timely implementation of requisite measures, both legal and political, that are aimed at ensuring the smooth functioning of newly operational **Banking Union** mechanisms will be among the Presidency's priorities. With the assistance of supranational institutions and the Commission, the Presidency will monitor developments and facilitate political discussions where these are appropriate.

Regarding the **Banking Structural Reform**, as a matter of priority the Presidency will further the discussion on the reform of the banking structures, which is aimed at fostering financial stability and resolving problems that are associated with the biggest and most complex banks. The Presidency believes that strengthening the resilience of the EU's banking sector should be achieved through the appropriate calibration of proposed measures while ensuring that banks continue to finance economic activities and growth. The Presidency will strive for substantial progress as regards the legislative work on this reform. The accompanying measures that are aimed at increasing the transparency of certain transactions, which complement the overarching reforms that have already been undertaken in order to strengthen the EU financial sector, will also be addressed.

In order to allow businesses, consumers and undertakings the enjoyment of the full range of benefits of the EU internal market,

including e-commerce, and in line with the Europe 2020 and the Digital Agenda, as well as to restore confidence in **financial markets**, the Presidency will work towards the finalisation of discussions on the revised Payments Services Directive (PSD2). The successful adoption of this proposal will improve the payments framework so that it better serves the needs of an effective European payments market, fully contributing to a payments environment that facilitates stronger competition, innovation and security to the benefit of all stakeholders, and consumers in particular. The Presidency aims at finalising discussions and reaching agreement with the European Parliament on the Benchmarks regulation, thereby restoring confidence in the integrity of benchmarks. It is crucial to find the right approach to the regulation in order to enhance the reliability of benchmarks and indexes, to facilitate the prevention and detection of their manipulation, and to clarify responsibility and the supervision of benchmarks by the authorities.

In the area of **insurance**, the Presidency will take forward the work on the Insurance Distribution Directive, aiming to reach an agreement with the European Parliament. The new rules on insurance distribution will enhance transparency, improve the information provided to the insurance policy holder and further clarify passporting rules and easier market access for insurance distributors in the EU. The Directive will also aim to ensure consistency with other financial services files, especially as regards the sale of those insurance products that have an investment element.

Regarding the **EU budget**, the Presidency's priorities include the budgetary discharge

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

procedure for 2013, the adoption of budget guidelines for 2016, and the revision of the Multi-Annual Financial Framework (MFF), following the late adoption of new rules or programmes under shared management. Due attention will be given to MFF revision and Investment plan-related amendments to the EU budget for 2015, with the view to strive for the timely adoption of both. The Presidency will also continue work on the revision of the financial regulation to align it with the new public procurement Directive. The Presidency will follow the progress and the first assessment carried out by the High Level Group on EU 'Own Resources' (HLGOR). It will also aim to make progress on the expected Commission's proposal to amend Council regulation on methods and the procedure for making available the traditional, VAT and GNI-based own resources, and on the measures to meet cash requirements.

With the aim of establishing effective rules, which complement other actions in respect to the **fight against crime, corruption and tax evasion**, the main priority of the Presidency will be the finalisation of negotiations with the European Parliament on the new legislative framework that is designed to protect the financial system against money laundering and terrorist financing (AMLD/AMLR). The importance of this work has been recognised by the European Council and is crucial in order to ensure that the EU remains at the forefront of international efforts to combat the laundering of the proceeds of crime.

In the area of **direct taxation**, the Presidency is ready to proceed with the proposal that has been made to amend the Interest/Royalties Directive. The Presidency will also continue work on the proposal for a Council Directive on a Common Consolidated Corpo-

rate Tax Base (CCCTB). Taking into account recent international developments, the Presidency will take the necessary steps in order to initiate discussions to commence the work on Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) issues in the EU dimension (including the expected Commission's proposal on the automatic exchange of information on tax rulings in the EU).

As regards **indirect taxation**, the Presidency will seek progress on the rules that govern VAT treatment on vouchers, and will continue to work on a proposal aimed at reducing the administrative burden and increasing tax compliance in the form of the Standardised VAT Return. The Presidency will support the work on the proposal for a Council Directive that will implement enhanced cooperation in the area of financial transaction tax (FTT).

In the field of **statistics**, the Presidency will continue to focus on economic governance and quality issues in the area of statistics. The Presidency will open discussions on a proposal on harmonised indices of consumer prices regulation. It will strive to achieve progress in the balance of payments, international trade in services, and foreign direct investment regulation, and will also align the legal framework to the new institutional context.

In the context of **climate financing**, the Presidency will facilitate the preparations for a 2015 agreement on a climate change regime for the post-2020 period, to be concluded in Paris at the 21st Conference of Parties of the United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC).

In December 2014, Turkey assumed the Presidency of the **G-20**. The Latvian Presidency for its part will do its utmost to ensure the

THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

appropriate representation of EU interests at the G-20 Finance Ministers and Central Bank Governors meetings, as well as meetings involving their deputies. The Presidency will contribute to the coordination and presentation

of the EU position on developments in the global economy, investment and growth, financial market regulation, the reform of the International Monetary System, and on other relevant issues.

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

D. Justice and Home Affairs

The Presidency will focus on the implementation of the Strategic Guidelines in the area of freedom, security and justice as adopted in June 2014 by the European Council, as well as on the respective follow-up initiatives. Whilst addressing security concerns, the Presidency will also dedicate particular attention to increased competitiveness in Europe by making progress with measures and initiatives that contribute to the Justice for Growth agenda, to a well-managed migration policy, and to internal security. In addition, the Presidency will focus on a data protection package, thereby contributing to trust building in the Digital Single Market. The Presidency will also pursue efforts towards strengthening dialogue and practical cooperation with the Eastern Partnership countries, especially regarding visa dialogues.

In the field of fundamental rights, the **data protection** package, which is aimed at reinforcing the rights of citizens regarding the processing of personal data in the rapidly changing world, will be pursued as a high priority for the Presidency. In light of the completion of the Digital Single Market by 2015, the Presidency will actively be seeking agreement on proposals for a regulation for data protection and a Directive for the protection of personal data by competent authorities for the purposes of the prevention, investigation, detection or prosecution of criminal offences, or the execution of criminal penalties.

The Presidency will also focus on the protection of the EU's financial interests by enhancing certain institutional and operational aspects. In this regard, the Presidency will work on making further progress on a draft regulation for the establishment of the **European Public Prosecutor's Office**. Moreover, an agreement will actively be sought on the Directive on the fight against **fraud to the Union's financial interests** by means of criminal law (PIF), as well as on a regulation in relation to Eurojust.

In the context of **justice for growth**, the Presidency will dedicate particular attention to concluding the review of the European

small claims procedure regulation, aiming at enhancing the efficiency of this field. The Presidency will also focus on reaching an agreement in the Council on the proposal for a regulation that aims to simplify the acceptance of certain public documents in the EU and abolishes the authentication requirements that are related to these documents.

In the field of **criminal law**, the Presidency will focus on strengthening procedural rights in criminal proceedings. In this regard, and with a view to adoption, the Presidency will pursue negotiations on the draft Directives for procedural safeguards for children who are under suspicion or who are accused in criminal proceedings, on the presumption of innocence and on the provision of legal aid.

As regards the better functioning of the **Schengen area**, the Presidency will continue work on the Smart Borders Package. The Presidency will also work towards an agreement on the revised Visa Code, which is aimed at simplifying the procedure for short stays, taking into account the economic dimension of the visa policy. In addition, the Presidency will promote ongoing visa dialogues with third countries. Work will also continue towards the successful enlargement of the Schengen area.

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

In the context of an efficient and well-managed **migration, asylum and border policy**, the Presidency will work on making further progress with measures and initiatives that are aimed at optimising the benefits of legal migration and offer protection to those who are in need, whilst tackling irregular migration and managing the EU's external border efficiently. Regarding these issues, the Presidency's work will be guided by the principle of solidarity and taking up a fair share of responsibility. Well-managed migration, while addressing the root causes of irregular migration flows, is an essential part of EU migration policy and, simultaneously, can be used as a significant tool for an increase in competitiveness. In this light, the Presidency will continue negotiations on the proposal where it relates to the conditions of entry and residence for researchers, students and other categories of third country nationals. Amendments in the Dublin regulation related to unaccompanied minors will be dealt with properly. The Presidency will also work on the external dimension of migration by pursuing further work in the different processes and dialogues in line with the Global Approach to Migration and Mobility. Particular attention will be dedicated to further strengthening

practical cooperation with the Eastern Partnership countries.

The Presidency will continue work on enhancing cooperation in the area of **internal security**, including through the review and updating of the new Internal Security Strategy. The EU policy cycle will continue to serve as the main basis for coordinating operational cooperation between the Member States in the area of serious and organised crime. The fight against terrorism and action that should be taken to address the phenomenon of foreign fighters will also be one of the Presidency priorities. In this regard, the Presidency emphasizes the need to make progress on the European Passenger Name Record (PNR) system. An especial effort will be devoted to advancing work on the new legal basis both for Europol and for CEPOL.

In addition, the Presidency will make an effort to seek an agreement in the Council in terms of the new legislation for the control of **new psychoactive substances**. The Presidency will also strive towards the timely preparation of the EU and Member States' position for the 2016 UN General Assembly Special Session on Drugs.

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

E. Employment, Social Policy, Health and Consumer Affairs

Inclusive growth must allow everyone to take up employment, education or training, ensuring that everyone has an equal opportunity to benefit from efficient and effective social protection systems that provide both adequacy and sustainability. The Presidency will emphasise inclusive and sustainable labour market participation, with increased attention being paid to job quality and long-term unemployment, and will also highlight the situation of persons with disabilities, as well as the fundamental value of a healthy lifestyle. This can be facilitated by the improved competitiveness of the EU, as, in a knowledge economy, the position of competitiveness is driven to a large extent by the quality of human resources.

Emphasis will be placed on the ongoing mid-term review of **the Europe 2020 Strategy** with particular attention being devoted to the implementation of structural reforms that are embedded in the country-specific recommendations and ensuring progress towards the achievement of employment and social targets. The Employment, Social Policy, Health and Consumer Affairs Council (EPSCO) and its preparatory committees – the Employment Committee (EMCO) and the Social Protection Committee (SPC) – will play a crucial role in the European Semester by supporting smart, sustainable and inclusive growth and by emphasising the role of social dialogue.

The Presidency will place emphasis on **inclusive and sustainable labour market participation** and will pay attention to the situation of the long-term unemployed, along with that of young people and persons with disabilities. Furthermore, the Presidency will invite the EMCO and SPC to devote part of their efforts to exploring in greater depth some of the features inherent in inclusive labour markets and related support systems, therefore contributing to the preparation of Council conclusions on inclusive labour markets in the EU. The renewed Employment

guidelines will play an important role in the stepped-up efforts to implement the Europe 2020 Strategy. The Presidency will continue work with ongoing initiatives to improve the situation of youth employment. The first results of the Youth Guarantee and the enhanced co-operation of public employment services will be on the Presidency's agenda. The board of the Network of Public Employment Services will hold a meeting in Riga in June 2015 focusing on the delivery of employment services.

As regards strengthening **the social dimension of the EMU**, the Presidency will emphasise the role of social dialogue. The involvement of social partners, while taking into account the national circumstances in this regard, is important for the successful and smooth implementation of reforms.

Regarding **labour legislation**, the Presidency will attach priority to the proposal on the Undeclared Work platform and aims to reach a first reading agreement with the European Parliament. The Presidency will seek progress with a view to reaching an agreement with the European Parliament on the EURES regulation and intends to look into the potential side effects of enhanced mobility. The Presidency also will continue work on the seafarers'

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

Directive with a view to launch negotiations with the European Parliament, seeking an agreement.

The Presidency stresses the need to improve **health and safety at work** and to reduce the number of accidents in the workplace, emphasising the necessity of implementing the new EU Strategic Framework on Health and Safety at Work (2014-2020). The Presidency will prepare Council conclusions in this respect. To strengthen the efforts of Member States, the Presidency will organise a conference on health and safety at work in April 2015 and a meeting of the Senior Labour Inspectors Committee in May 2015.

Attention will also be paid to the monitoring and development of **social protection policies** and the issue of deinstitutionalisation in the EU Member States. Building upon previous discussions at the EU level on high-quality social services and social inclusion, a conference on deinstitutionalisation practices and the further development of the social care policy in Europe will be organised in Riga in June 2015. A meeting of the EU's Mutual Information System on Social Protection will take place in Riga in May 2015.

In the area of **equal treatment**, the Presidency will pay attention to challenges raised in regard to the approach to disability – from the medical model to the social model. A high-level meeting on disability with its main focus on the rights of children with disabilities and labour market participation will take place in Riga in May 2015, thereby contributing to the implementation of the EU Disability Strategy (2010-2020). The Presidency will continue the examination of the proposal for a Directive on equal treatment, irrespective of religion or belief, disability, age, or sexual orientation.

As regards **equality between men and women**, female labour market participation is of particular importance in order to face the challenges of ageing societies and old-age poverty, to tackle gender inequalities, and to achieve the employment and social targets of the Europe 2020 Strategy. Combined with the global issues of gender equality, it will be on the agenda of the high-level group on gender mainstreaming that will take place in Riga in January 2015. Taking into account the Commission's work on a report on old-age pension adequacy, the Presidency will prepare Council conclusions on the gender gap in pensions. The Presidency will also continue working on the Commission's proposal for a Directive to improve the gender balance on company boards.

As regards the **external dimension**, the Presidency will ensure the EU's presence and position at the 59th Session of the UN Commission on the Status of Women, which is scheduled to take place in New York in March 2015. The Presidency will also coordinate the positions of Member States during the International Labour Conference, which is scheduled to take place in Geneva in June 2015, and will work on the guidelines for the G-20 Labour and Employment Ministers Meeting. The Presidency will also advance the work on a set of proposals for Council decisions on the EU's position to be taken in Association Councils with regard to the coordination of social security systems.

In regard to **pharmaceuticals and medical devices**, the Presidency will seek a Council mandate in order to negotiate and reach an agreement with the European Parliament on the proposal for medical devices and *in vitro* medical devices. A robust, transparent and sustainable regulatory framework to support

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

innovation and the competitiveness of the medical device industry and to allow rapid and cost-efficient market access for innovative medical devices is necessary for the benefit of patients and healthcare professionals alike.

In the area of **health**, the Presidency plans to focus on the individual by highlighting a healthy lifestyle in childhood and empowering each individual to take responsibility for their own health, and paying attention to patient-centred health care when coming to the treatment phase. The Presidency plans to continue discussions on a healthy lifestyle during the high level conference in Riga in February 2015 and other informal events, including the role of healthy nutrition, physical activity and sport in reducing childhood obesity, the importance of school meals and an enabling environment in health promotion, as well as the role of modern technologies and innovative approaches in the education of children and adolescents. The Presidency will follow the work of the Committee on National Alcohol Policy and Action, and is in the process of developing a scoping paper on the vision of future actions to be taken in the area of an alcohol policy in the EU. The Presidency will put in the effort required to bring the attention of EU health ministers to issues regarding alcohol and nutrition during the informal meeting of health ministers.

As regards patient-centred health care, the Presidency will pay attention to this issue during the Chief Medical Officers, Chief Medi-

cal Nurses and Chief Dental Officers' joint meeting. Particular attention will be given to health at work, the integration of health care and public care services as well as to cancer screening programmes within the EU.

A focus on the individual along with patient-centred health care will also be promoted during the annual eHealth Week in Riga in May 2015. Rapidly growing information technologies provide both opportunities that boost smart, sustainable and inclusive growth for the EU and challenges that need to be addressed in a timely manner in order to seize opportunities for the EU health sector. Therefore, the Presidency will attach importance to the empowerment of patients, using technologies to improve the quality of healthcare, innovations in eHealth/mHealth, the cross-border exchange of health data, and patient data protection.

Issues related to the risks of tuberculosis spreading and, in particular, multi-drug resistant tuberculosis will be among the Presidency's priorities in the health area. The Presidency intends to organise the 1st Eastern Partnership ministerial conference on tuberculosis and its multi-drug resistance in Riga in March 2015, paying particular attention to tuberculosis as a significant public health issue in Europe and its neighbouring countries. During the conference, the sustainability of the systems and their ability to respond to global threats, as well as a multi-sector approach, will be especially highlighted.

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

F. Competitiveness

Competitiveness is the driving force for the EU's economic growth and development, and the main source for new workplaces. In order to ensure long-term economic development, the Presidency's efforts will be dedicated towards those policy areas which have a significant impact on the EU's competitiveness: strengthening the Single Market, fostering industrial competitiveness and better regulation of and support for small and medium-sized enterprises (SMEs). Research and innovation are of pivotal importance for European competitiveness and employment as providers for new sources for growth. These policy issues also go hand-in-hand with the review of the Europe 2020 Strategy and the European Semester process, where EU competitiveness and growth are in the spotlight. The Presidency will advocate measures that facilitate trust and confidence in the Digital Single Market and in cross-border electronic activities.

Within the Council, the Presidency will hold a discussion and seek the adoption of the Council conclusions drawing up further directions and priorities for the **EU Single Market policy**. In this regard, ensuring a Single Market-friendly regulatory framework and the better functioning of the principle of mutual recognition, the further development of the Single Market for goods and services, the Digital Single Market, and also Single Market governance issues will be addressed. In the context of ongoing work on the Digital Single Market Strategy, the Presidency is planning to hold a political discussion on Digital Single Market issues. The Presidency will also prioritise work on the pending proposals under the Single Market Act II. The Presidency will keep a focus on further enhancing the Single Market of services, including possible discussions on services at the High-Level Group for Competitiveness and Growth. The Presidency will encourage the use of competitiveness-proofing, making it possible for policy-makers to see the well-grounded impact of the proposal on business competitiveness and allowing it to take further decisions. The Presidency has attached significance to the **governance of the Single Market**. Particular focus will be devoted to the adoption of purposeful and high-quality EU legislation, to

quality and timely transposition, as well as to the rigorous and uniform enforcement of EU harmonisation legislation on the ground.

Industrial policy will play an important role in enhancing European competitiveness in building on the identified strengths and upgrading the competitiveness of European industry. Fostering industrial competitiveness will be at the centre of the Presidency's activities, including the ensuring of a further integration of the Single Market, the development of industrial cooperation, and improving the overall business environment for European companies. The Presidency will work on the development of a proactive and integrated industrial policy in Europe which aims at responding to the needs of the changing economic situation and strengthening a coordinated approach for industrial competitiveness through all relevant EU policies. Work will be carried out in the industrial policy area in the context of the activities planned within the Commission Work Programme 2015. In this regard, the Presidency will particularly emphasise the digitalisation aspects of EU industry.

Regarding the general framework for **SMEs**, the Presidency will continue to monitor the actions

THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

carried out during the review of the Small Business Act (SBA). Access to funding is one of the major problems that SMEs have faced in recent years and it is one that they are still facing. The narrow set of financing resources that are typically available to SMEs makes them more vulnerable to the changing conditions in credit markets. Therefore the Presidency acknowledges that EU instruments such as COSME and Horizon 2020 should operate in conjunction in facilitating and improving access to finance for SMEs. Emphasising the topical nature of access to funding for SMEs, for the first time the Presidency plans to organise 'Innovative Enterprise Week', which will serve to raise awareness of the available financial instruments, facilities, and accompanying measures that were launched under Horizon 2020 to enhance access to finance for research, innovation, and SMEs.

A more competitive Europe will be the guiding principle in the context of the **Europe 2020 Strategy mid-term review**. The Presidency will seek to ensure the role of the Competitiveness Council in reacting to the Commission's proposals and facilitating discussions to refocus policies that foster growth and competitiveness.

In the field of **consumer protection**, the Presidency will seek to reach an agreement with the European Parliament on the Package Travel Directive, which aims at strengthening consumer protection in the tourism sector. The Presidency will also seek progress in terms of reaching an agreement in the Council and entering into negotiations with the European Parliament on the Product Safety and Market Surveillance Package, which aims to improve the functioning of the Single Market through simplified, more uniform and efficient safety rules.

Improved legal instruments in the field of **intellectual property** are essential for a positive business environment, the promotion of creativity and safeguarding European cultural diversity. The Presidency will focus on finalising negotiations with the European Parliament on the trademark package, aimed at making the trademark system in Europe more efficient and coherent. The Presidency will also work towards reaching an agreement with the European Parliament on the Trade Secret Directive, aimed at boosting technological cooperation and the exchange of know-how across national borders. Upon the publication of a legislation proposal on the revision of the EU copyright framework, the Presidency will initiate discussions seeking to facilitate creativity, innovation and the completion of the Digital Single Market. The Presidency will also contribute to advancing the ratification of the Marrakesh Treaty to Facilitate Access to Published Works for persons who are Blind, Visually Impaired, or Otherwise Print Disabled.

In the area of **the harmonisation of technical specifications** for motor vehicles, in order to make the internal market function better whilst maintaining a high level of safety and environmental protection, the Presidency will continue work on the proposal relating to emission limits and type-approval for non-road machinery, and additionally the Presidency will start to examine the proposal for a review of the Framework Directive on the approval type of motor vehicles and their components. In addition, the Presidency will resume the examination of the proposal for the simplification of the transfer of motor vehicles that have been registered in another Member State.

The Presidency will also seek to close negotiations with the European Parliament on the proposal for Cableways, which aims

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

to promote the internal market for safety equipment and subsystems while increasing safety requirements, the proposal for Gas Appliances, which addresses issues that are related to the reliability of equipment during its cycle of use, as well as the proposal for Personal Protective Equipment, which will increase the level of equipment safety in order to reduce the number of accidents in the workplace and increase productivity.

The Presidency will continue work on the **company law** and corporate governance package. As regards the revision of the Shareholders' Rights Directive, aimed at enhancing shareholder's rights over companies, the Presidency will seek a Council mandate to engage in trilogues with the European Parliament. The Presidency will work towards reaching a compromise in the Council also on the Single-Member Company Directive, designed to tackle obstacles that hamper the economic activities of companies (SMEs in particular) within the Single Market.

The Presidency will support the initiatives undertaken by the trio in view of further enhancing the functioning of the **Customs Union**, including in the field of governance of the customs-related Council Working Parties. With regard to the legislative proposals, due consideration will be given to the thematic examination of the Union legal framework for customs infringements and sanctions, and, once issued, to the pending proposal on the implementation of the FCTC Protocol. The Presidency will highlight matters relating to the management of the EU external border. Namely, with regard to international affairs, special attention will be devoted to relations with EU neighbouring countries, major trading partners and the coordination of the EU position to be taken in bilateral and multilateral fora.

In order to provide a contribution to the Europe 2020 Strategy, there is a need to bridge **research and innovation** through fostering networks without barriers and the full exploitation of the potential of national research and innovation systems. In this context, building strong links between the Innovation Union and the European Research Area is essential. The Presidency will place an emphasis on the enhancement of the European Research Area (ERA) through the ERA Roadmap and improved ERA governance. In this regard, the Presidency will focus on ERA implementation aspects, EU added value and the optimal use of public investments in research. The Presidency will facilitate the implementation of the European Strategy Forum on Research Infrastructures (ESFRI) Roadmap and the European Research Infrastructure Consortium (ERIC) instrument, and will contribute to a better consistency between these instruments and smart specialisation strategies as well as regional and macro-regional policies.

The Presidency will work to unlock the EU's digital potential towards achieving a thriving **data-driven economy**. Recognising that data is at the centre of the future knowledge economy and society, the Presidency will work on raising awareness of the importance of framework conditions, including fostering the open data policies and e-infrastructure that encompass the needs of research and innovation communities. The Presidency will explore ways of achieving faster and wider innovation through open, networked and data-intensive research.

Global societal challenges require responsible and reliable **science** which is aligned with values and needs of the European society. The Presidency will therefore raise

THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

awareness of the concept of Open Science (Science 2.0) with an aim of contributing to the wider debate on fostering the quality and excellence of European science, including through the digital dimension. The Presidency will advance the dossiers on scientific and technological research in specific regions, notably in the Baltic Sea Area with a particular reference to joint research programmes that have been undertaken by several Member States, whilst taking into account the forthcoming evaluation of the Baltic Sea Research and Development Programme (BONUS). The Presidency will also facilitate work on the final evaluation of the Seventh Framework Programme and will closely monitor the results of the initial phase of the framework programme, Horizon 2020, to ensure the exploitation of the full potential of the programme in terms of the scientific, industrial and social growth of the EU, including the appropriate synergies with the European Structural and Investment Funds.

In the field of **space policy**, the Presidency will follow the evolution of discussions in the Council on future relations between the EU and the European Space Agency (ESA), and

possible lines of action on the way forward. The Presidency will also welcome broader discussions on the future development of an integrated and comprehensive EU Space Strategy, bringing together the efforts of individual Member States and EU policy instruments. The Presidency recalls that the Galileo and Copernicus Programmes are expected to create substantial market opportunities for European industry and SMEs through the development of downstream services and applications, which require continuous and sustained access to data. Therefore, a further discussion is needed regarding high resolution Earth observation satellite data (HRSD) in order to facilitate fair and reliable access and free circulation of data throughout the EU. The Presidency will follow the implementation of the Horizon 2020 part on space research with an objective to foster a cost-effective competitive and innovative space industry, including SMEs. The Presidency acknowledges the importance of the development of Space Surveillance and Tracking (SST) capability at the European level to exploit existing national and European civil and military assets, with the aim to tackle the problem of space debris.

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

G. Transport, Telecommunications and Energy

A forward-looking development of infrastructure and networks is fundamental for enhanced European competitiveness and the well-functioning of a single market. Safe, sustainable and user-orientated transport, telecommunications and energy connections across European borders are necessary to encourage EU citizens and goods to travel, connect, and benefit from the Transport, Telecommunications and Energy Council (TTE) three sectors. EU economic growth will gain from the TTE Council's continuous focus on strengthening the Internal Energy Market and energy security aspects, enhancing trust in the Digital Single Market, and the implementation of the Europe 2020 Strategy in the context of its mid-term review. Connecting up the transport, energy and digital networks in an efficient and sustainable manner requires concerted European efforts in stimulating and mobilising investments.

The **land transport** policy objectives are to promote efficient, safe and secure travel for passengers and goods, an area in which citizens and enterprises participate in facilitating these goals. Strengthening the European railway network will be a distinctive part of the Presidency. Progress on the Fourth Railway Package is instrumental for the development of the single EU transport area, which contributes to a more competitive and modern public transport infrastructure across the EU. The Presidency will continue the discussions on all parts of the package. The Presidency will work to finalise negotiations with the European Parliament on the technical pillar based on substantial progress that has been achieved during previous presidencies. In order to achieve further progress on the remaining elements of the package, discussions started by the Italian Presidency will be continued. To maintain high levels of road safety, the Presidency will ensure that the final adoption of the Cross-Border Enforcement Directive is ensured within the time limits that have been set out by the Court of Justice. The Presidency will also formalise the agreement reached on the weights and dimensions proposal. A policy debate on the planned interim review of the Road Safety Policy

Orientations may be envisaged, allowing the Member States to give their input in this crucial subject. In order to highlight the importance of the common Trans-European Transport Network (TEN-T) and the established corridors, the Presidency intends to enable a ministerial discussion that would focus on the development, implementation and financing of the TEN-T transport network infrastructure. This will be also an opportunity to look at the practical implementation of the Investment plan for Europe in the field of transport. In this context, the next TEN-T Days will take place in Riga at the end of June. Furthermore, given the high priority the Presidency attaches to the development of efficient Asia-Europe transport corridors, the Third ASEM Transport Ministers' Meeting will be held in Riga on 29-30 April 2015.

The **aviation** sector, which smoothly connects the EU both internally and with the rest of the world, is a prerequisite for a competitive and prosperous Europe. Europe is experiencing sustained air traffic growth that calls for a reform of air traffic management in Europe in order to conduct operations under the safest, most cost-efficient, flight-efficient, and passenger-orientated conditions. Therefore, the Presidency will be open to continue the

THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

work on the SES II+ package as well as the slots proposal, provided that there is a solution on the bilateral issue among the Member States concerned. Moreover, the Presidency would be ready to seek progress in the Council on the proposal concerning the minimum rights for air passengers. The Presidency believes that it is the right time to start a political discussion on Remotely Piloted Aircraft Systems (RPAS). Therefore, the Presidency intends to devote attention to this rapidly developing area during the Aviation Conference in Riga.

Maritime transport is and will be an important long-term contributor to Europe's economy and the quality of life of the European people. The Presidency will strive to secure the right international environment for maritime transport and intends to promote all the initiatives facilitating growth and enhancing competitive European shipping. As regards the ports sector, once the European Parliament has adopted its first reading position, the Presidency may seek further progress on the Commission's proposal to establish a framework for market access to port services and the financial transparency of ports.

The EU's **inland waterway transport sector** is an important catalyst for the future development of the EU internal market and a more sustainable and effective transport network. With this in mind, the Presidency will endeavour to start work on the revised proposal laying down technical requirements for inland waterway vessels.

Telecommunications is one of the fastest-evolving sectors globally, and one in which the Digital Single Market provides a substantial growth potential for Europe. Communication networks and technologies should become a driving force for the economy and for

innovation in Europe. Through the process of seizing and preserving these opportunities, the EU must ensure that Europe's citizens and businesses are getting the most out of digital technologies. Improving cybersecurity is a pre-condition for the functioning of our societies and economies. We see the Network and Information Security Directive (NIS) as an important tool for improving the quality of cybersecurity, both on a national and EU level, and for facilitating international cooperation. Acknowledging that the NIS Directive proposal has entered its final phase, the Presidency will work towards reaching an agreement with the European Parliament.

In view of making further progress in strengthening the Digital Single Market and in evolving the legal framework, the Presidency will seek an overall compromise on the proposal for a regulation laying down measures concerning the European single market for electronic communications and to achieve a Connected Continent (TSM). The guiding principle will be to find a balance between a high quality of services and a reasonable cost for European citizens. The Presidency also intends to make an effort to finalise the work on the Web Accessibility Directive, which aims to improve the accessibility of public sector bodies' websites to all users, in particular people with functional limitations. The Presidency aims to make significant progress regarding the Decision establishing a programme on interoperability solutions for European public administrations, businesses and citizens (ISA²) in order to support cross-border and cross-sector interaction for European public administrations, enterprises and citizens.

The Presidency will facilitate the discussions among the Member States regarding the

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

Europe 2020 mid-term review and the Annual Growth Survey in relevant Council formations, where special attention will be paid to digital aspects. The Presidency is planning also to organise and host the Digital Assembly in Riga in June 2015 to discuss emerging challenges related to the building of a vibrant digital economy and society in Europe.

To address additional efforts needed to advance the establishment of the **Digital Single Market**, which would increase European competitiveness and respond to existing challenges, the Presidency plans to hold political discussions on the anticipated Digital Single Market Strategy. In order to advance further digitalisation, the Presidency in general will attach great importance to the principle of ‘digital by default’ – the Presidency will highlight discussions on digital skills and the next steps regarding the promotion of eGovernment. Attention will be also devoted to the aspects of interoperability, web accessibility and the digital transformation of the public sector in order to make it efficient and innovative.

In connection to the **external digital agenda**, the main issue for the Presidency will be internet governance. The Presidency will closely monitor, and if necessary, act upon, the developments in this field, especially taking into account the approaching announced transition of the stewardship of the Internet Assigned Numbers Authority (IANA) function and enhancing the accountability of the Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN).

Within the **energy policy** sector, the Presidency will focus on the development of the Energy Union concept, recognising five pillars identified by the Commission and

following an open dialogue with the Member States. The Presidency will devote its efforts to ensuring that the discussions on the Energy Union concept are launched in early February and the main principles are defined within the first quarter of 2015. Following the establishment of the Energy Union process, the Presidency would work on the implementation plan. The Presidency intends to continue discussions on the completion and further development of the internal energy market. First of all, it will pay attention to energy infrastructure, inter alia to the aim of ending Member States’ isolation from European networks by 2015, and to the 10% interconnection target. The Presidency will invite the Commission to provide monitoring data on recently adopted projects of common interest (PCIs), and will follow the process of creation of the second list of PCIs. Secondly, the Presidency will pay attention to such crucial elements of the internal energy market as the regulatory framework (especially network codes for electricity and gas) and accompanying measures on the retail markets.

Energy security is an important part of the Presidency’s work programme. Taking into account the October 2014 European Council conclusions, the Presidency will continue to follow the implementation of European Energy Security Strategy. Assessment of the implemented short term measures would provide significant input for further discussions. The Presidency is also committed to contribute towards medium and long term actions.

Regarding the 2030 Framework for Climate and Energy Policy, following the decisions of the European Council in October 2014 the Presidency will work on a coherent governance model. Complying with this

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

task, as well as respecting future outcomes of the Paris Conference, the first elements of the governance structure will be developed. In this context the central issue would be the assessment of the benefits that regional cooperation could provide.

The Presidency will continue the efforts of previous Presidencies towards the development of a sustainable energy policy and, in particular, will aim to reach a second reading agreement with the European Parliament on the Indirect Land Use Change (ILUC) proposal. The Presidency will continue

moving towards a more energy efficient Europe. Moreover, the Presidency will support and facilitate work that is aimed at the improvement of the Energy Labelling Directive and the Eco-Design regulations for respective groups of products.

The Presidency will pay due attention to ongoing negotiations on energy issues within international fora, including within the European neighbourhood, and will further explore the modernisation of several multilateral cooperation formats, such as the Energy Community and the Energy Charter.

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

H. Agriculture and Fisheries

The basic function of agriculture and fisheries is to provide consumers with safe and healthy food, while preserving the environment and ensuring the vitality of rural areas. The Presidency will drive forward measures that help areas to be competitive when it comes to job creation, qualitative and sustainable agriculture, the food industry, and the forestry and fisheries sectors. In order to enhance the competitiveness of European agricultural production, the Presidency will continue to promote the development of sustainable, innovative and environmentally friendly agricultural, food, and fisheries sectors throughout the EU. The Presidency will also continue to support all the efforts towards ensuring that animal and plant health and food safety standards are strengthened and enforced in the whole of the agri-food chain.

Simplification is one of the main cornerstones of the reformed **Common Agricultural Policy**. Therefore, the Presidency will pay particular attention to this issue. The Presidency will explore the possibilities to advance work on the Commission proposals to revise the aid schemes for the supply of fruit, vegetables and milk to schools, thus improving healthy eating habits amongst school children. The simplification of the **administrative procedures** and the safeguarding of quality will be considered whilst examining the Commission's proposal for a review of the regulation regarding organic farming, therefore also contributing to the efficiency of checks and balances, a more reliable import regime, and also fraud prevention.

To provide simple but effective **veterinary** legislation and to assure a high level of human and animal health protection, the Presidency intends to work towards reaching an agreement with the European Parliament on the legislative proposal on animal health, which sets out a clear and single legal framework for the prevention and control of animal diseases that are transmissible between animals and to humans. As the proposal introduces the principle of biosecurity as one of the key tools for the prevention of transmissible diseases that

can be spread within the animal population, the Presidency will organise an international seminar in Riga during spring 2015 which will focus on the need for increased biosecurity.

In order to establish the basis for a more integrated and horizontal approach on **official controls** in the whole agri-food chain, the Presidency will continue work towards a compromise among the Member States and intends to launch negotiations with the European Parliament aiming to reach an agreement on the regulation for official controls along the food chain. The Presidency will continue to work also on the legislative proposal for a regulation on the zoo-technical and genealogical conditions for trade in and imports into the Union of breeding animals and their germinal products, as well as regulations regarding the placement on the market of veterinary medicines and medicated feed.

Particular efforts will be devoted to the **food safety** area. In this regard the Presidency will strive to finalise work on the legislation on novel food and reach an agreement with the European Parliament on caseins and caseinates. This will contribute to ensuring food safety and good public health, and will secure the functioning of the internal market,

THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

whilst also supporting food sector innovations, providing more uniform conditions for business operators and aligning the EU requirements to the relevant international standards.

When taking into account the International Plant Protection Convention (IPPC) and high-level EU **phytosanitary standards** in health and environmental policies, the Presidency will continue discussions on the compromise text on a harmonised approach to protective measures against pests on plants as part of a package of legislation reviews that are related to the health of plants. The Presidency will also start the examination of the fertilisers regulation and will continue representing the interests of the EU and its Member States under the International Plant Protection Convention, which aims to incorporate and strengthen these interests in the area of phytosanitary matters, on an international basis in accordance with the Commission on Phytosanitary Measures (CPM) 9 agenda.

The Presidency will target common efforts in order to achieve a balanced and efficient EU approach towards the implementation

of the EU Forestry Strategy. With the aim of ensuring sustainable and responsible **forest management**, the Presidency will continue to promote the European model of forest management globally. An endeavour will be dedicated also to the elaboration of the EU position and representation of the EU model at the United Nations Forum on Forests in New York, in May 2015.

In order to ensure the sustainable management of **fisheries** and the goal to achieve Maximum Sustainable Yield for all stocks, the Presidency will work to ensure progress on the multi-annual management plans. A new framework of technical measures will be regarded as an essential element of this effort. The work on aligning various existing regulations with the Lisbon Treaty will be continued accordingly. A special effort will be devoted to the appropriate representation and coordination of the EU's position in the negotiations on fisheries partnership agreements with third world countries and to meetings that are planned within multilateral organisations and with the coastal countries on fisheries issues.

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

I. Environment

Action that can be taken to protect the environment and to promote the sustainable management of natural resources covers a wide range of areas, including biodiversity, ecosystems, air quality, waste management, water issues, and the sound management of chemicals. Based on the progress achieved by the end of 2014, the Presidency will continue to work on those issues that are related to the 2030 Framework for Climate and Energy Policy as necessary. As a priority issue, the Presidency will lead the preparation of the EU contribution to international climate negotiations with a view to reaching a new legally-binding agreement on the global climate change regime in Paris at the end of 2015. The Presidency will pursue ongoing efforts towards a reduction of environmental pressures and will facilitate policy processes towards improving the quality of life for EU citizens, including the improvement of air quality.

In the area of **climate change**, while taking into account decisions made by the October 2014 European Council, the Presidency will move forward with the legislative proposal on the Market Stability Reserve to strengthen the EU Emissions Trading System as a market-based mechanism and to improve the operation of the carbon market. The year 2015 will be a crucial year for international climate change negotiations. One of the most important items on the Presidency's agenda will be the preparations for a global agreement on a climate change regime for the post-2020 period, to be concluded in Paris at the 21st Conference of Parties of the United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC). The preparation, submission, and representation of the EU position at the UNFCCC meetings will be crucial in advancing the negotiations towards reaching an agreement. The political debate within the Environmental Council and the exchange of views during informal meetings of Environment Ministers will provide further guidance.

Concerning the **resource efficiency and green growth** agenda, the Presidency will organise a debate of the Environment Ministers in March on the further integration of environment aspects in the European

Semester process and in the Europe 2020 Strategy, in particular with regard to resource-efficiency. The Presidency will also follow closely the initiatives to promote a circular economy and efficient waste management. In the field of air quality, the Presidency will continue to work towards achieving better air quality throughout Europe, in particular by seeking a deal on the proposal for the Directive for Medium-sized Combustion Plants. With a view to the Biodiversity Strategy mid-term review, the Presidency will organise discussions during the informal Environment Ministers meeting as well as expert discussions to provide input.

The Presidency aims to provide input into numerous **international environmental processes**. These processes range from the sound management of chemicals to waste, from biodiversity and species protection to biosafety, and will require intensive and detailed preparations within the Council and a coordination of the EU positions for international meetings. The Presidency will coordinate the EU's position and participation at the back-to-back meetings held by the Conference of the Parties (COP) for the three UN Chemicals and Waste Conventions (the Rotterdam, Stockholm and Basel Conventions),

THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

which will be held under the leitmotif, 'From science to action' and which will be one of the major international environmental events held during the Presidency. Therefore, the Presidency will facilitate, as necessary, the EU's input in the preparation for the entering into force of the Minamata Convention on Mercury. Equal importance will be given to the preparation for the Conference of Parties to the Convention on Wetlands of International Importance, especially as Waterfowl Habitat, known as the Ramsar Convention. In the context of the Working Group of the Parties on Environmental Impact Assessment and Strategic Environmental Assessment under

the Espoo Convention and the Working Group of the Parties under the Aarhus Convention on the international agenda, the Presidency will facilitate the preparation of EU contributions as appropriate for the respective Convention Working Groups. The year 2015 in international fora will be crucial when it comes to arriving at a universal post-2015 framework for sustainable development and poverty eradication. The Presidency will place a strong emphasis on shaping a comprehensive EU contribution to international negotiations on sustainable development objectives and sustainable development goals leading up to the UN Summit in September 2015.

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

J. Education, Youth, Culture and Sport

In the framework of the Education, Youth, Culture and Sport Council, the Presidency will pay particular attention to developing a closer link with the broader economic and social challenges that the EU is facing, and to the EU growth and jobs strategy in particular. The Presidency is committed to enhance social well-being and the quality of life of European citizens by ensuring the full use of the potential of new digital technologies in education, culture, and the audio-visual sector. New technologies need to be employed to a greater extent when tackling the e-skills gap and maintaining the intrinsic values and principles of European citizens. A focus on strengthening communities at the grassroots level, specifically addressing various issues to boost child and youth empowerment, is essential for the further improvement of the EU's competitiveness and the EU's global role.

The Presidency intends to strengthen the important role of **education and training** in promoting economic growth, investments and well-being. In this regard the Presidency will focus on providing a new impetus for strengthening the education agenda in the context of the Europe 2020 Strategy and achieving the objectives that have been set. This should be done through developing a closer link between the Europe 2020 Strategy and the Strategic Framework for European cooperation in education and training (ET 2020). The 2015 Joint Report of the Council and the Commission on the implementation of 'Education and Training 2020' will not only assess the overall progress of the Strategic Framework in the form of an interim evaluation, but will have a much more forward-looking approach by seeking to establish priority areas and fields for cooperation during the next work cycle. The Presidency will facilitate discussions, therefore contributing to the preparation of the Joint Report 2015.

The Presidency will continue working on enhanced cooperation in **vocational education and training**, having regard to both previous achievements and current and future challenges, and will facilitate

discussions on the future of vocational education and training. It aims to strengthen cooperation in this sector among the EU Member States, candidate countries, EEA member countries, and social partners in order to ensure that education systems are able to provide people with the skills and competences they need in order to be able to succeed in the labour market.

The Presidency intends to further support the internationalisation of higher education. This will be achieved by strengthening **international co-operation in education** between European and Asian countries when holding the 5th ASEM Education Ministers' Meeting in Riga. The discussions will highlight the results and outcome of the ASEM Education Process since the 4th ASEM Education Ministers' Meeting (ASEMME4). The ministers will also discuss the priorities and activities for the next years in order to ensure closer cooperation among ASEM countries and to improve comparability between different education systems in both regions. Furthermore, an evaluation of the Bologna process is expected in the field of higher education with a view to preparing for the Bologna Ministerial Conference to be held in Yerevan, Armenia.

2. Integrating Europe: THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

Recognising the pre-school and primary school age as being of key importance for a child's personal and intellectual development, the Presidency intends to address the role of early childhood education and **primary education** in fostering creativity, innovation and digital skills. The Presidency will strive for the adoption of the Council conclusions on this issue. Having in mind that the EU Member States are comprised of regions and territories that require different financial solutions in regard to ensuring access to education and the uniformity of its levels of quality, the Presidency intends to hold discussions on the accessibility of education and effectiveness of investments. Last, but not least, the Presidency intends to facilitate discussions on issues related to transparency and the recognition of skills and qualifications for mobility and employability and the way forward for EU policies.

The Presidency will work on the implementation of the EU Work Plan for **Youth** 2014–2015, focusing on the development and role of the cross-sector approach to policy-making, especially with regard to effectively addressing the socioeconomic challenges of young people. The Presidency will seek to further advance the contribution of the youth sector when it comes to achieving the relevant Europe 2020 Strategy objectives. The Presidency plans to propose the adoption of the Council conclusions on this topic and it will organise the EU Youth Conference, which will focus on how to empower young people in political participation in democratic life in Europe, and will discuss the results of the structured dialogue with young people. To further strengthen cooperation with young people in the Eastern Partnership countries, the Presidency will host the second Eastern Partnership Youth Forum.

Culture and creativity are at the heart of smart, sustainable and inclusive development and growth. The Presidency will follow the work on the Europe 2020 Strategy mid-term review process from the cultural and creative sector's perspective. One of the Presidency's objectives will be to highlight culture not only as a means and an instrument for growth, but also as a development goal. The Presidency will seek ways to further enhance cultural accessibility and participation in the digital age to strengthen Europe as a creative and innovative Union in order to address the challenges of the 21st century. The Presidency will organise two conferences within the framework of the annual Creativity Week in Latvia in order to spark debate and raise awareness on the positive contribution and impact of cultural and creative crossovers to other sectors. This will encourage the development of policies for more targeted transversal cooperation, including the dialogue between cultural heritage, contemporary architecture, and high-quality design. The Presidency will seek to adopt the Council conclusions on cultural and creative crossovers to stimulate innovation, economic sustainability and social inclusion.

The Presidency will also continue to support work that is aimed to improve evidence-based policy-making to demonstrate the social and economic impact of culture. The Presidency will also welcome a debate on reusing the digital cultural heritage in education and the creative industries during the Europeana strategy meeting.

Rapid technological and market developments have predetermined the need to rethink Europe's approach to **audiovisual** content in the digital era. The Presidency will follow the progress that will be made by the

THE PROGRAMME FOR COUNCIL CONFIGURATIONS

Commission during its envisaged review (refit procedure) of the Audiovisual Media Services (AVMS) Directive, and will be prepared to react to any developments. The Presidency will host an audiovisual conference that will focus on the main issues raised by the Commission's Green Paper, entitled 'Preparing for a Fully Converged Audiovisual World: Growth, Creation and Value', and the report by the High Level Group on Media Freedom and Pluralism, 'A free and pluralistic media to sustain European democracy'.

In the field of **sport**, the Presidency will work on the implementation of the EU Work Plan for Sport 2014-2017. Grassroots sport should be strengthened as an instrument for the development of European human capital, especially among young people. It contributes towards acquiring and developing transversal

skills that enhance employability and the personal and professional development of individuals. The Presidency plans to propose that Council conclusions on this topic be approved. The Presidency intends to continue discussions on strengthening a healthy lifestyle among people of all ages and encouraging lifelong participation in sports. In this regard, discussions and an exchange of experiences are planned on efficient models of cooperation between public authorities and sports movements in Member States. The Presidency will follow the progress of the finalisation of the Council of Europe Convention on the Manipulation of Sports Competitions, and in the area of anti-doping the Presidency will continue to ensure that the EU and its Member States cooperate and coordinate effectively in order to remain a strong voice in the World Anti-Doping Agency.